



Liebe Leser,  
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend  
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für  
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen .....</b>	<b>5</b>
<b>Termine – Kreisverband Bautzen.....</b>	<b>5</b>
<b>Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag .....</b>	<b>5</b>
Ankündigung Informationsfahrten 2020 – Termin Mai derzeit unter Vorbehalt.....	5
<b>Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag</b>	<b>6</b>
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 15.3.2020 .....	6
Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!.....	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2020 .....	9
Staatsversagen! CDU räumt schwere Panne bei Notfallplänen ein .....	9
KITA-Gebühren: Freistaat soll Elternanteil übernehmen.....	10
Landtag muss sich für Katastrophenalarm aussprechen .....	10
Wortbruch! Regierung will sich nicht länger an 1.000 Meter-Regel halten .....	11
Mitten in Coronakrise: Grüne fordern Aufnahme zusätzlicher Asylbewerber.....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2020 .....	12
AfD enthüllt: Abschiebegefängnis meistens fast leer .....	12
AfD fordert beschlussfähiges Parlament.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.3.2020 .....	13
Kretschmer handelt immer noch zu zögerlich .....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2020 .....	14
Antifa will Coronakrise für Anschläge und Plünderungen ausnutzen: Freistaat muss sich wehren! .....	14
Kostenloses Internet für alle sächsischen Haushalte in der Coronakrise! .....	14
<b>Neues von der Alternative für Deutschland .....</b>	<b>15</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2020 .....	15
Seehofer bei Corona ohne schlüssiges Sicherheitskonzept für die Polizei .....	15

Wirre planwirtschaftliche Corona-Gedankenspiele der Bundeslandwirtschaftsministerin .....	16
Weckruf Curevac – Technologie- und Schlüsselbranchen vor Ausverkauf schützen .....	16
Stellungnahme zu den vom Bundesamt für Verfassungsschutz erhobenen Vorwürfen .....	17
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2020 .....</b>	<b>18</b>
Wegen Fehlern der Bundesregierung stehen 10.000 Agrarbetriebe vor dem Aus .....	18
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.3.2020 .....</b>	<b>19</b>
Nur der demokratische Nationalstaat ist eine verlässliche Größe .....	19
5-Punkte-Plan zur Corona-Krise .....	19
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2020 .....</b>	<b>22</b>
Krisenbewältigung geht vor – halten wir alle zusammen! .....	22
Geht doch – Grenzschießungen funktionieren: Rund 21.000 Zurückweisungen in zwei Tagen .....	23
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.3.2020 .....</b>	<b>23</b>
AfD-Chef Meuthen schlägt Auflösung des "Flügels" vor .....	23
Rundfunkbeitrag aussetzen und auf teure Produktionen verzichten! .....	23
Der Parteiausschluss Gedeons ist richtig und wichtig .....	24
<b>Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....</b>	<b>25</b>
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2020 .....</b>	<b>25</b>
Grenzkontrollen widerlegen Aussagen der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise .....	25
Sofortiges Rettungsprogramm für die Tourismusbranche starten .....	25
Bundesregierung ignoriert beim Solidaritätszuschlag verfassungsrechtliche Einwände .....	27
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2020 .....</b>	<b>28</b>
Corona-Krise – Für Asylbewerber sind die deutschen Grenzen noch völlig offen, da die GroKo eine EU-Sonderregel zum Schutz der öffentlichen Ordnung nicht anwendet! .....	28
Asylbewerber kommen mit Grimms Märchen ins gelobte Land / Kleine Anfrage enthüllt ungeheuerliche Zustände bei Identitätsfeststellung durch das BAMF .....	28
Keine Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Hintertür! .....	29
Entlarvender Missbrauch der Corona-Krise durch radikale „Klimaschützer“ .....	30
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2020 .....</b>	<b>30</b>
Über vier Millionen Arbeitsplätze in Touristik-Branche durch Corona-Virus gefährdet .....	30
Kulturnation Deutschland erhalten – Orchester und Ensembles unterstützen .....	31
Abiturprüfungen bundeseinheitlich verschieben .....	32
Lohnfortzahlung für alle Eltern in der Corona-Krise sofort garantieren .....	32
Schärfere Gesundheitskontrollen auf Flughäfen dringend erforderlich .....	33
Das Finanzministerium verschleiern opportunistisch die Lage: Bundeshaushalt wäre auch ohne Corona in Schieflage .....	33

EZB-Rettungsgelder nicht für Euro und EU-Banken, sondern für unsere Bürger und Unternehmen! .....	34
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.3.2020 .....</b>	<b>35</b>
Keine Internet-Experimente auf Kosten der Steuerzahler .....	35
Spahn ignorierte sämtliche Warnungen! .....	36
Nach Reichsbürger-Verbot jetzt auch Linksextremisten-Plattform Indymedia verbieten .....	36
Stornoregelung bedroht in der Corona-Krise die Existenz der Reiseveranstalter .....	37
Merkel führt in der Corona-Krise nicht, sie läuft der Entwicklung nur hinterher .....	38
<b>Videos aus Sachsen und den Parlamenten .....</b>	<b>39</b>
AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag .....	39
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....	39
AfD Kompakt TV .....	39
<b>Meldungen aus Deutschland und der Welt .....</b>	<b>40</b>
Deutschland .....	40
Ohne Tests und Quarantäne: Kritik an Flügen aus Iran .....	40
Mit dem Virus ans Grundgesetz .....	40
Deutschland setzt humanitäre Flüchtlingsaufnahme aus .....	40
Linksextremisten rufen zum Plündern auf .....	40
Asylhelfer fordern Schließung von Abschiebehaftanstalten .....	40
Kretschmann: Land für Aufnahme neuer Geflüchteter gewappnet .....	40
Ja, bitte alles auf Wiederholung. 2015 die Zweite! – Ein Aufruf der Diakonie Sachsen ... ..	40
So reagiert die Jugend auf Corona ... ..	41
Stuttgarter gehen auf ihre Balkone und singen sich gegenseitig Mut zu .....	42
Griechenland .....	42
Griechenland baut Grenzbefestigung aus Beton .....	42
Private Grenzschrützer an der EU-Außengrenze .....	42
<b>Informationen zum Coronavirus .....</b>	<b>42</b>
Überblick der weltweiten Ausbreitung .....	42
Unklare Wirkung bei Covid-19 - WHO rät Corona-Patienten von Ibuprofen ab .....	42
Sachsen schließt ab Donnerstag nicht lebensnotwendige Geschäfte .....	42
Schleswig-Holstein für Touristen gesperrt .....	42
Reisewarnung gilt bis Ende April - damit auch für die Osterferien .....	42
Kommunalmandate im KV Bautzen .....	43
PRESSE-ARCHIV .....	43



SPENDENKONTO.....43  
KONTAKT:.....43



## Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

### Termine – Kreisverband Bautzen

Liebe Leser und Freunde,

bis auf weiteres wird es keine öffentlichen Veranstaltungen geben.  
Bitte haben Sie Verständnis und bitte bleiben Sie gesund!

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

## Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

### Ankündigung Informationsfahrten 2020 – Termin Mai derzeit unter Vorbehalt

Auch in diesem Jahr werden wir wieder Informationsfahrten nach Berlin für Sie organisieren.

Folgende Termine sind geplant: 28./29. Mai 2020 / 10./11. Dezember 2020

Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte mit Name, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort (dieses benötigen wir für die Anmeldung im Bundestag) für das gewünschte Datum bei uns unter folgender Emailadresse an: [karsten.hilse.ma03@bundestag.de](mailto:karsten.hilse.ma03@bundestag.de).

Für Rückfragen stehen wir ebenso unter Tel. 03591 / 3512744 gern zur Verfügung.



## Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

### Vorsicht, Post aus Sachsen!

### Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 15.3.2020

Liebe Freunde, liebe Leser,

„eine ins Religiöse übersteigerte politische Korrektheit ist die Krankheit unserer Zeit.“ Dieser pointierte Ausspruch stammt von Gabor Steingart, der es wissen muss.

Steingart leitete viele Jahre das Hauptstadtbüro des Spiegels und war danach Chefredakteur bzw. Herausgeber des Handelsblatts. Seiner Befürchtung dürften rund zwei Drittel der Deutschen zustimmen. Gegenüber dem Allensbach-Institut gaben sie an, sich nicht zu trauen, bestimmte Meinungen öffentlich zu vertreten.

Was geschieht, wenn man es doch macht, bekamen zuletzt die Moderatorin Katrin Huß, der Künstler Axel Krause, der Komiker Uwe Steimle, der Sänger Xavier Naidoo, der Schriftsteller Uwe Tellkamp und der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen zu spüren.

Huß griff bei einem Interview nicht „im Sinne des MDR“ ein. Das hatte zur Konsequenz, dass die beliebteste Moderatorin des

Nachmittagsprogramms gehen musste. Xavier Naidoo traf es diese Woche noch härter: Er wurde von RTL vor die Tür gesetzt.

Dabei blieb es jedoch nicht. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), brachte sein kritisches Lied mit Hanau in Verbindung und warf dem Musiker Rassismus vor, obwohl er selbst indische und südafrikanische Wurzeln hat. RTL-Geschäftsführer Jörg Graf toppte diese Unverschämtheiten dann noch, indem er den Rauswurf mit der „Meinungsfreiheit“ begründete.

Diese existiert de facto in Deutschland nur noch auf dem Papier. Das Bundesarbeitsgericht untersagte zwar vor einigen Jahren Kündigungen aus politischen Gründen. In der Realität passiert das aber ständig. Artikel 33 des Grundgesetzes, wonach alle Deutschen gleiche Rechte und



Pflichten haben, wird damit mit Füßen getreten.

Wir dürfen das nicht klaglos hinnehmen. Vielmehr sollten wir bei jedem Einzelfall internationale Organisationen wie die OSZE anrufen und dort die mittlerweile massive Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland thematisieren, denn sonst wird es von Tag zu Tag schlimmer. Die sächsische CDU hat z.B. kürzlich einen ehemaligen SED-Mann in ein Gremium für DDR-Opfer gewählt. Sie nähert sich damit Schritt für Schritt ihrer alten Rolle als Blockpartei an.

Wäre es anders, würde sie zumindest bei Auftrittsverboten für preisgekrönte Literaten wie Uwe Tellkamp intervenieren. CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer hätte Tellkamp für seine Lesungen Räume des Freistaates Sachsen anbieten können. Er tat es aber nicht und opferte damit wissentlich die Meinungsfreiheit.

Einen weiteren Punkt brachte am Donnerstag Wolfgang Schulz zur Sprache: Am Welttag gegen Zensur im Internet kritisierte der Professor am Leibniz-Institut für Medienforschung die stattfindende „Kommunikationskontrolle“ in Deutschland.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, kurz: NetzDG, schaffe „als erstes Gesetz weltweit eine Infrastruktur“ zur Löschung missliebiger Äußerungen. Mehrere undemokratische Staaten hätten deshalb das deutsche Gesetz als Vorbild genommen, um die eigene Meinungslenkung zu optimieren. Statt dieses Gesetz zurückzunehmen, wird es jedoch gerade verschärft. Schulz nennt dies „hochbedenklich“ und „sogar eindeutig verfassungswidrig“.

Es ist wahrscheinlich ein unumstößliches Prinzip vieler Regierungen, die Daumenschrauben anzuziehen, wenn Machtverlust droht. In Deutschland erklang dagegen immer wieder das bekannte Volkslied „Die Gedanken sind frei“. Denn „wo man singt, da lass dich nieder, Bösewichte haben keine Lieder“ (Johann Gottfried Seume).

Ich weiß aus vielen vertraulichen Gesprächen, dass gerade unsere sächsischen Bürger klare Gedanken haben, weil sie sich vom gesunden Menschenverstand leiten lassen, ideologische Vereinnahmungen ablehnen und die DDR als abschreckendes Beispiel aus eigener Erfahrung kennen.

Trotzdem dürfen wir uns nicht mit der Gedankenfreiheit begnügen. Erst wenn die eigenen Gedanken überall ausgesprochen werden dürfen, ohne dadurch private oder berufliche Nachteile zu erleiden, ist die im Grundgesetz verankerte Meinungsfreiheit verwirklicht.

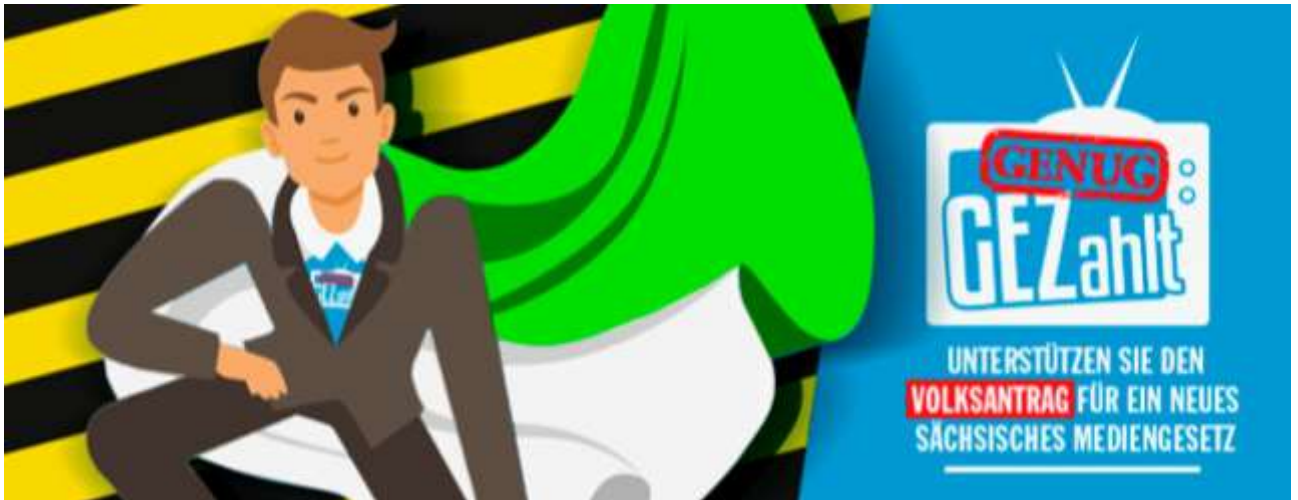
Indem die AfD jeden Tag voller Entschlossenheit dafür kämpft, schützen wir die Vielfalt und befördern lebendige Debatten, die das Lebenselixier jeder Demokratie sind. Ohne inhaltlichen Streit ist keine Demokratie möglich. Und ohne Demokratie gibt es auch keine Freiheit!

Bis nächsten Sonntag,  
Ihr Jörg Urban

**Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!**

Liebe Freunde,  
wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Wir wehren uns mit der Volksinitiative "Genug GEZahlt!" gegen die einseitige Manipulation der Öffentlichkeit durch die übermächtigen Staatsmedien. Sie bestimmen die täglichen Schlagzeilen, die jedes aber auch jedes Medium zwingen, sich daran abzuarbeiten. Dieses Agenda Setting wird mit 8 Mrd. EUR Zwangsbeiträgen nur für die Öffentlich-rechtlichen durchgesetzt. Das ist eine grobe, gesetzwidrige Wettbewerbsverzerrung. Allein die Tatsache, dass einzig und allein die AfD es wagt, diese Manipulation der Meinungsbildung zu thematisieren, macht uns schon zu den "bösen" Außenseitern.



Deshalb ist unsere Volksinitiative ein zentrales Thema für unsere Partei. Jedes Mitglied, jeder Wähler der AfD ist aufgefordert, mitzumachen und sich als Multiplikator dafür einzusetzen. Konkret: Nur so können wir 40.000 Sachsen mobilisieren, die Volksinitiative zu unterzeichnen. Wenn jedes Mitglied oder Freund der Partei mindestens 10 Unterschriften in seinem persönlichen Umfeld sammeln könnte, würde das unserer Initiative zum Erfolg verhelfen.

Wie das gehen kann und was unbedingt zu beachten ist, findet man auf der Website des Vereins <https://sachsen.genug-gezahlt.tv/>

Unterschriftenformulare und Flyer gibt es auch in jedem Bürgerbüro im KV Bautzen zur Abholung!

In diesem Sinne Ihr

Jan Zwerg  
Generalsekretär der AfD Sachsen

Karin Wilke  
Vorsitzende Genug GEZahlt! in Sachsen e.V.



## PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2020

### Staatsversagen! CDU räumt schwere Panne bei Notfallplänen ein

„Das, was in Notfallplänen steht, wurde nie überprüft“, sagt Sachsens Ministerpräsident Kretschmer in einem aktuellen Interview mit der Freien Presse. Außerdem gibt er zu: „Niemand hat kontrolliert, ob wirklich die notwendige Anzahl an Schutzmasken vorhanden ist.“ Der AfD sind zudem mehrere Fälle bekannt, bei denen sächsischen Bürgern aus Kapazitätsgründen Corona-Tests verweigert wurden, obwohl sie deckungsgleiche Symptome aufwiesen und auch mit Quarantäne-Fällen in Kontakt waren.



Dazu erklärt der sächsische AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:

„Der CDU-Ministerpräsident musste zugeben, dass Notfallpläne nie überprüft wurden. Nun ist die medizinische Katastrophe da und es gibt keine ausreichenden Gesundheitskontrollen. Ärzten fehlen zudem Schutzmasken, sodass deren Infektionsrisiko stark erhöht ist. Einen Katastrophenalarm, wie in Bayern, gibt es in Sachsen ebenfalls nicht. Das nenne ich Staatsversagen in einer der schwersten Nachkriegs-Krisen, die Sachsens Bürger nun

bewältigen müssen. Die sächsische CDU-Regierung war kein guter Verwalter der Sicherheit und sie verhält sich auch in der aktuellen Krise zu abwartend.

Die AfD-Fraktion wird sich in der aktuellen Plenardebatte dafür stark machen, dass in Sachsen Katastrophenalarm ausgelöst wird und die Grenzen auch in Richtung Osten geschlossen werden. Wir sind immer zur konstruktiven Zusammenarbeit zum Wohle Sachsens bereit. Aber wenn die Regierung zu wenig tut, dann werden wir das auch in Zukunft kritisieren und bessere Vorschläge einbringen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/2602381033224398/?type=3&theater>

### **KITA-Gebühren: Freistaat soll Elternanteil übernehmen**

Alle Schulen und Kitas im Landkreis Bautzen werden ab Mittwoch, 18.03.2020, bis 17. April 2020 geschlossen. Grundlage ist ein Erlass des Freistaates.

Dazu erklärt Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus dem Landkreis Bautzen:

„Die Maßnahmen, die der Freistaat Sachsen ergreift, gehen in die richtige Richtung. Jedoch sind die Folgen durch die Coronavirus-Krise noch nicht absehbar. Die Wirtschaft geht von deutlichen Umsatzrückgängen aus. Lohnkürzungen durch Arbeitsausfälle werden



auch auf die werktätige Bevölkerung zukommen. Darunter sind auch viele Familien und Alleinerziehende, die jetzt schon unter den hohen KITA-Gebühren leiden.

Wir dürfen Eltern mit Kindern in der Krise nicht alleine lassen. Der Freistaat darf sich seiner Fürsorgepflicht nicht entziehen. Daher fordere ich, dass der Freistaat die Elternanteile der KITA-Gebühren vorübergehend übernimmt.“

<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=619053491987203&set=a.113225665903324&type=3&theater>

### **Landtag muss sich für Katastrophenalarm aussprechen**



Zur nächsten Landtagssitzung erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:

„Die CDU-geführte Staatsregierung weigert sich, den Katastrophenalarm in Sachsen auszurufen. Deshalb brauchen wir die Landtagssitzung, um der Regierung zu diesem Schritt zu bewegen. Alle Bürger müssen nachhaltig geschützt werden, nicht nur die Parlamentarier

Es ist perfide, angesichts der Corona-Pandemie tausende Bürger weiter in ihren Betrieben arbeiten zu lassen und gesundheitlichen Gefahren auszusetzen. Gleichzeitig soll sich das sächsische Parlament abducken, bei vollem Bezug der

Gehälter? Das ist keine seriöse Politik!

Wenn die Staatsregierung noch nicht mal in der Lage ist, dem medizinischen Personal ausreichend Schutzmasken und -anzüge zur Verfügung zu stellen, dann ist der Landtag gefordert.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/landtag-muss-sich-fuer-katastrophenalarm-aussprechen.html>

### **Wortbruch! Regierung will sich nicht länger an 1.000 Meter-Regel halten**

Gegenüber dem MDR betonte gestern der grüne Staatssekretär Gerd Lippold, dass sich der Freistaat Sachsen nur dann an die im Koalitionsvertrag vereinbarte 1.000-Meter Abstandsregel für Windkraftanlagen halten will, wenn diese bundesweit eingeführt werde.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:



„CDU, SPD und Grüne belügen die Bürger nach Strich und Faden. Niemand möchte direkt vor seinem Wohnhaus ein 200 Meter hohes Windrad-Ungetüm sehen. Denn bereits kleinere Anlagen verschandeln das Wohnumfeld und verursachen gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Dies wissend, haben die Regierungsparteien den Bürgern eine Beruhigungsspiel verabreicht. Im Koalitionsvertrag heißt es reichlich verklausuliert, man werde Windräder nur 1.000 Meter von Wohnsiedlungen entfernt aufstellen. Drei Monate später will man davon auf einmal nichts mehr wissen. Das ist Wortbruch gegenüber den

Bürgern im ländlichen Raum.

Fakt ist: In Sachsen gibt es keinen Platz für neue Windkraftanlagen. Wir sind deshalb weiterhin auf Braunkohle und hochmoderne Kernkraftwerke angewiesen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/wortbruch-regierung-will-sich-nicht-laenger-an-1-000-meter-regel-halten.html>

### **Mitten in Coronakrise: Grüne fordern Aufnahme zusätzlicher Asylbewerber**

Sachsens grüner Minister Wolfram Günther spricht sich heute gegenüber den Dresdner Neuesten Nachrichten (DNN) dafür aus, „wesentlich mehr“ minderjährige Asylbewerber aufzunehmen. Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Jan Zwerg:

„Mitten in der Corona-Krise nach Schließung der Grenzen die Aufnahme von zusätzlichen Asylbewerbern zu fordern, ist weltfremd und abstrus. Dies offenbart, dass die Grünen selbst in der größten Not ihr ideologisch motiviertes Programm zur Abschaffung Deutschlands durchziehen wollen.

In Heidelberg wurden bereits neueingetroffene Asylbewerber positiv auf Corona getestet. Es ist deshalb unverantwortlich, sie weiter sorglos einreisen zu lassen. Die beschlossenen und noch auszuweitenden Grenzkontrollen und Zurückweisungen müssen selbstverständlich für alle Migranten gelten, sonst ist diese Maßnahme nutzlos.



Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die meisten unbegleiteten, minderjährigen Ausländer (umA) bereits 17 Jahre alt sind (vgl. Drs. 6/11355) und teilweise auch bereits volljährig. Kommen doch einmal tatsächlich sehr junge Menschen, handelt es sich um Ankerkinder, die von ihren Eltern vorgeschickt wurden. Denn kein vernünftiger Vater und keine vernünftige Mutter schicken ihr kleines Kind allein in ein fremdes Land – noch dazu, wenn dort gerade eine Pandemie

grassiert.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/mitten-in-coronakrise-gruene-fordern-aufnahme-zusaetzlicher-asylbewerber.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2020

### **AfD enthüllt: Abschiebegefängnis meistens fast leer**

Zur Kleinen Anfrage (Drs. 7/1702) mit dem Titel „Auslastung Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft“ erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Sebastian Wippel:

„Die durchschnittliche Auslastung der Abschiebehaft pendelte im Jahr 2019 zwischen 4,68 und 14,25 Prozent. Um ganz korrekt zu sein, waren es im Jahresdurchschnitt 8,6 Prozent. Das heißt: Noch nicht einmal jeder zehnte Platz der Abschiebehaft wird auch tatsächlich genutzt, um die Rückführung der 13.000 Ausreisepflichtigen in Sachsen zu beschleunigen.

Die CDU-geführte Regierung unter Ministerpräsident Michael Kretschmer vermittelt damit den Eindruck, dass sie überhaupt nicht abschieben möchte. Wäre der entsprechende Wille vorhanden, müsste das Abschiebegefängnis immer brechend voll sein, weil es für 13.000 Ausreisepflichtige viel zu klein dimensioniert ist.



Bezeichnend ist auch, dass im Januar drei Nordafrikaner ohne große Mühe aus der Haftanstalt ausbrechen konnten, indem sie über einen Zaun sprangen, der noch nicht einmal mit Stacheldraht gesichert war.“

**Hintergrund:** Laut Angaben des Innenministeriums befanden sich 2019 nur 61 Personen in der Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamseinrichtung des Freistaates Sachsen. Viele davon kommen aber noch nicht einmal aus Sachsen. Die Auslastung liegt also nur deshalb bei 8,6 Prozent, weil Ausreisepflichtige aus Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Baden-Württemberg, NRW und Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls in unserer sächsischen Haftanstalt untergebracht wurden.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-enthueellt-abschiebegefangaengnis-meistens-fast-leer.html>

### **AfD fordert beschlussfähiges Parlament**

Zur nächsten Plenarsitzung des Sächsischen Landtags erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Jan Zwerg:

„Landtagspräsident Matthias Rößler muss jetzt das Notparlament einberufen. Es muss dann morgen mit seinen 21 Abgeordneten Sofort-Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung beschließen. Wir haben dazu einen Dringlichkeitsantrag zur Ausrufung des Katastrophenalarms eingereicht, dessen Abstimmung wir verlangen.



Die CDU wollte gestern, offenbar aus Sorge um ihr eigenes Image, im Landtag lediglich eine nutzlose Informationsveranstaltung abhalten.

Landtagspräsident Rößler hätte das Notparlament jederzeit nach Art. 113, Absatz 3, einberufen können. Er tat es nicht und begründete dies damit, dass die Voraussetzungen dafür angeblich nicht vorlägen.

Heute wurde erneut über eine Verkleinerung der Plenarsitzung debattiert. Alle Beschlüsse wären dann aber hinfällig, sobald auch nur ein einziger Abgeordneter widerspricht.

Gerade in einer schweren, existentiellen Krise muss sich die Politik jedoch handlungsstark zeigen: Deshalb setzen wir alles in Bewegung, damit morgen endlich der Katastrophenalarm ausgelöst wird, zügig flächendeckende Corona-Tests für alle Bürger mit Symptomen stattfinden, die Grenzen vollständig dichtgemacht (inklusive Flughäfen) und unbürokratische Lösungen für Verdienstaustausch gefunden werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-fordert-beschlussfaehiges-parlament.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.3.2020

### Kretschmer handelt immer noch zu zögerlich

Zum Dringlichkeitsantrag der AfD zur Bekämpfung des Corona-Virus erklärt der sächsische Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die Regierung unter CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer hat in den letzten Tagen viel zu zögerlich gehandelt. Die WHO hat deshalb Recht, wenn sie ein ‚alarmierendes Niveau der Untätigkeit‘ kritisiert.

Das betrifft die Auslösung des Katastrophenalarms, die Sicherung unserer Außengrenzen zu unseren osteuropäischen Nachbarn, die Beschaffung von Schutzausrüstung für medizinisches Personal und flächendeckende Tests bei allen Bürgern, die Corona-Symptome aufweisen.

Bereits seit 2013 wissen wir zudem, dass unsere Krankenhäuser auf eine Pandemie nicht vorbereitet sind. Die Regierung hat das jedoch einfach ignoriert. Das hat jetzt schlimmste Konsequenzen.

Was wir in der aktuellen Krise daher brauchen, ist eine Aktivierung aller möglichen Kräfte. Wir müssen den Einsatz der Katastrophenschutzeinheiten vorbereiten und die Bundeswehr zur Hilfe bei der Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgungsstrukturen einsetzen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/kretschmer-handelt-immer-noch-zu-zoegerlich.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2020

### Antifa will Coronakrise für Anschläge und Plünderungen ausnutzen: Freistaat muss sich wehren!

In Treuen kam es zu einem Brandanschlag auf mehrere Baufahrzeuge. Es entstand ein Sachschaden von mehreren 100.000 Euro. In Bad Lausick ereignete sich ein ähnlicher Fall. Da in beiden Fällen „eine politische Motivation nicht ausgeschlossen werden kann“, hat das Polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (PTAZ) die Ermittlungen übernommen. Einen Hinweis zu möglichen Tatverdächtigen liefert unterdessen ein Aufruf von Linksextremisten auf dem Portal Indymedia. Sie kündigen dort Anschläge und Plünderungen an.



Dazu erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Carsten Hütter:

„In den zurückliegenden Monaten haben Linksextremisten immer wieder Bauunternehmen angegriffen und dabei Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Erklärtermaßen wollen sie damit die Marktwirtschaft lahmlegen und Chaos stiften. In der Coronakrise sehen sie nun die Möglichkeit zu einem größeren Aufstand. Unter anderem wollen sie die Energieversorgung unterbrechen.

Ich fordere unsere Sicherheitsbehörden daher dazu auf, die Terrorphantasien der militanten

Antifa im Keim zu ersticken. Indymedia muss sofort vom Netz genommen werden. Wer schwere, staatsgefährdende Straftaten ankündigt oder verwirklicht, kann sich nicht mehr auf seine Freiheitsrechte berufen. In solchen Fällen ist die Anordnung von Untersuchungshaft unausweichlich.

Leider hat der Freistaat Sachsen jedoch bis heute jede Konsequenz im Umgang mit dem linken Terror vermissen lassen. Statt den Linksextremismus wirkungsvoll zu bekämpfen, wurden Antifa-Biotopie wie das AJZ Chemnitz oder Leipziger Conne Island finanziell sogar noch großzügig gefördert.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/antifa-will-coronakrise-fuer-anschlaege-und-pluenderungen-ausnutzen-freistaat-muss-sich-wehren.html>

### Kostenloses Internet für alle sächsischen Haushalte in der Coronakrise!

Aufgrund der landesweiten Ausgangssperre ist das Internet-Datenvolumen in Italien um 70 Prozent gestiegen. Das führte teilweise zu Netzüberlastungen. Die Schweiz kämpft mit ähnlichen Problemen und drohte deshalb bereits mit einem Netflix-Stopp. Laut mehreren übereinstimmenden Medienberichten zeigte der Server der sächsischen Lernplattform „Lernsax“ ebenfalls Schwächen. Weder konnten Lehrer Aufgaben hochladen, noch war es Schülern möglich, Downloads durchzuführen.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:



„Um von zu Hause aus arbeiten zu können, sind viele Bürger jetzt in besonderem Maße auf eine zuverlässige Internetverbindung angewiesen. Das gilt auch für unsere Lehrer und Schüler, die sich über Lernplattformen austauschen müssen.

Wenn dann aber schon am ersten Tag die angebotenen Portale in die Knie gehen, offenbart dies erhebliche Versäumnisse. Seit 2014 mahnen wir im Landtag einen zügigen Breitbandausbau an, den die CDU-geführte Regierung schlichtweg verschlafen hat. Sachsen rangiert hier im Ländervergleich ganz weit hinten.

Damit es in der Coronakrise zu keinen Engpässen kommt, muss CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer jetzt schnell handeln. Ich fordere die Regierung deshalb dazu auf, in dieser besonderen Situation alle anfallenden Kosten für einen Internetzugang, die den sächsischen Haushalten entstehen, zu übernehmen. Das zählt derzeit zum absoluten Minimum der Daseinsvorsorge.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/kostenloses-internet-fuer-alle-saechsischen-haushalte-in-der-coronakrise.html>



## Neues von der Alternative für Deutschland

### PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2020

#### **Seehofer bei Corona ohne schlüssiges Sicherheitskonzept für die Polizei**

Die stellvertretende Bundessprecherin und stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, ist entsetzt darüber, dass die Bundesregierung aktuell immer noch ohne ein klar erkennbares Sicherheitskonzept die Corona-Krise zu bewältigen gedenke. Bisher fehle jeglicher Plan, wie z. B. im Fall von Infektionen mit dem Coronavirus bei der Polizei umzugehen sei:

„Wenn der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, eindringlich fordert, dass ‚die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems sowie der Polizeien der Länder und des Bundes unbedingt gewahrt werden‘ müsse, frage ich mich: Wie soll das funktionieren? Mit welchen Beamten will Seehofer die Krise managen, wenn ein signifikanter Teil des Sicherheitsapparates krank oder in Quarantäne ist? Von der Bundesregierung fehlen bisher klare Antworten, wie die zu erwartenden massiven Personalengpässe beim Gesundheitspersonal und bei den Sicherheitsbehörden behoben werden könnten. Unsere Sicherheit und unsere öffentliche Ordnung

sind in Gefahr, und Merkel weigert sich zudem weiterhin, alle Grenzen zu schließen.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-stroch-seehofer-bei-corona-ohne-schluessiges-sicherheitskonzept-fuer-die-polizei/>

### **Wirre planwirtschaftliche Corona-Gedankenspiele der Bundeslandwirtschaftsministerin**

Zu der Überlegung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, dass Beschäftigte aus der Gastronomie wegen der Corona-Pandemie als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft aushelfen sollen, äußert sich Bundesvorstandsmitglied Stephan Protschka wie folgt:

„Der Vorschlag von Bundesministerin Klöckner zeigt, dass die Bundesregierung jegliches Gefühl für Maß und Mitte verloren hat. Anders kann ich diese planwirtschaftlichen Gedankenspiele leider nicht bezeichnen.

Es ist leider davon auszugehen, dass die Corona-Krise auch die Landwirtschaft maßgeblich bedroht. Gestörte Lieferketten, Verdienstaufälle, Erkrankungen und ausbleibende Saisonarbeitskräfte sind nur einige Beispiele für den Ernst der Lage. Es ist deshalb dringend nötig die Landwirtschaft jetzt mit effektiven Maßnahmen zu unterstützen. Ich fordere die Bundesregierung auf, Lösungen zur Entlastung der Landwirtschaft vorzulegen und solche weltfremden Gedankenspiele sein zu lassen.“

<https://www.afd.de/stephan-protschka-wirre-planwirtschaftliche-corona-gedankenspiele-der-bundeslandwirtschaftsministerin/>

### **Weckruf Curevac – Technologie- und Schlüsselbranchen vor Ausverkauf schützen**

US-Präsident Donald Trump persönlich hat versucht, das Tübinger Biotechunternehmen Curevac, das nach eigenen Aussagen mit Hochdruck an einem wirksamen Corona-Impfstoff arbeitet, mit einem Milliarden-Übernahmeangebot nach Amerika zu holen und exklusiv an den amerikanischen Markt zu binden. Die stellvertretende Bundessprecherin Alice Weidel fordert ein Umdenken:

„Der Fall Curevac hat einmal mehr gezeigt, wie anfällig innovative und wertvolle deutsche Unternehmen und Schlüsselindustrien für strategische Übernahmen aus dem Ausland sind. Im Fall des Tübinger Biotechunternehmens ist der Ausverkauf in die USA offenkundig vor allem am Widerstand des Hauptanteilseigners Dietmar Hopp gescheitert.

Der Übernahmeversuch gegen Curevac ist ein Alarmruf an die Politik. Als Folge der planlosen Entflechtung der ‚Deutschland AG‘ in den vergangenen Jahrzehnten verfügen viele strategisch bedeutende deutsche Unternehmen nicht mehr über solche Ankerinvestoren, die ihnen Rückhalt geben können. Um so wichtiger ist es, dass die Politik drohende strategische Übernahmen zum Nachteil des Standorts Deutschland rechtzeitig erkennt und verhindert und nicht erst aus der Zeitung davon erfährt.

Nicht minder notwendig ist ein gesellschaftliches Umdenken in der Einstellung gegenüber Industrie und technologischem Fortschritt. Überbürokratisierung und grün-sozialistische Technik- und Industrie feindlichkeit treiben die Schlüsselbranchen für unseren Wohlstand und technologischen Vorsprung aus dem Land. Das ist der Boden, auf dem feindliche Abwerberversuche wie zuletzt gegen Curevac überhaupt erst gedeihen.



Die Corona-Krise hat eindringlich bestätigt, wie wichtig gerade die von grün-linker Seite stets skeptisch beäugte und schikanierte Pharmabranche für ein hochentwickeltes Industrieland ist. Wir müssen aufhören, an dem Ast zu sägen, auf dem wir alle sitzen. Die Politik muss ihr Instrumentarium schärfen und auch konsequent anwenden, um drohende nachteilige Übernahmen schon im Ansatz zu erkennen und zu unterbinden. Verstaatlichungen sind dazu allerdings der falsche Weg.“

<https://www.afd.de/alice-weidel-weckruf-curevac-technologie-und-schlüsselbranchen-vor-ausverkauf-schuetzen/>

### **Stellungnahme zu den vom Bundesamt für Verfassungsschutz erhobenen Vorwürfen**

Die durch den Verfassungsschutz über den SPIEGEL aufgestellte Behauptung der Mitgliedschaft einer "Familie Andreas Kalbitz" in der 2009 verbotenen "Heimattreuen Deutschen Jugend e.V." und der Eindruck, quasi täglich „nachweislich über mind. 14 Jahre Kontakt“ gehabt zu haben - ob irrtümlich oder aus Berechnung – ist schlicht falsch.

Manche Kontakte, Besuche und persönliche Bezüge der Vergangenheit, zu denen ich mich stets offen geäußert und dazu bereits Stellung bezogen habe, sind unbenommen aller persönlichen Entwicklung Teil meiner Biografie, zu der ich stets gestanden habe und auch in Zukunft stehen werde.

Auch die Behauptung einer "jahrzehntelangen Verwurzelung in der rechtsextremen Szene" ist nicht nur eine bewusste Verleumdung sondern auch eine vorsätzliche Verdrehung der schlichten Tatsachen, daß ich u.a. zwölf Jahre als Soldat unserem Land treu gedient habe. Auch eine sorgfältige Prüfung durch den MAD gab keinerlei Anlass für wie auch immer geartete Konsequenzen. Das ist Fakt, alles andere ist Fake.

Ich bin vor 7 Jahren am 08.03.2013 als 573. Mitglied in die AfD eingetreten, um mich auf demokratischen und parlamentarischen Weg für dringende politische Reformen in unserem Land einzusetzen. Dies werde ich auch weiterhin mit ganzer Kraft tun.

Die AfD steht als Rechtsstaatspartei unverrückbar auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dies ist auch mein klares und selbstverständliches persönliches Bekenntnis.

In Ermangelung sachlicher Argumente und dem klaren Unwillen zu dem Wohle unseres Landes nötigen Korrekturen wird nun mit der Instrumentalisierung des Inlandsgeheimdienstes in engster Zusammenarbeit mit manchen gesinnungsjournalistischen Medien die demokratische Opposition diskreditiert. Es wird der Versuch unternommen, auch durch die Beförderung interner Spaltung, gerade dort, wo die AfD erfolgreich war und ist, die demokratische Opposition, ihre Mitglieder und Vertreter zu bekämpfen.

Klar ist auch: Es geht weder „nur“ heute gegen Andreas Kalbitz, morgen gegen Björn Höcke oder übermorgen gegen den Nächsten auf der Liste, den „Flügel“ oder einzelne Landesverbände - sondern gegen die AfD als Ganzes.

Wer glaubt, durch die Umsetzung unlauterer Vorgaben des politischen Gegners die Alternative für Deutschland so umgestalten zu lassen, daß die AfD von den aktuellen Spitzen von CDUSPDFDPGrüneLinken akzeptiert würde oder Gefallen finden könnte, der täuscht sich.

Die Gegner der AfD, die in bisher nie dagewesener Weise in einem nahezu geschlossenen politisch-medialen Komplex die AfD mit zunehmend unlauteren Mitteln bekämpfen, wollen keine „andere“ AfD, sondern gar keine.

Deshalb ist und bleibt das Gebot der Stunde der Mut zur Wahrheit, entschlossene Ausschöpfung aller juristischen und rechtsstaatlichen Mittel, sowohl in persönlicher als auch in genereller Hinsicht, vor allem aber Einigkeit und Geschlossenheit und unermüdliche Sacharbeit für unser Land.

Es gilt das Wort Dr. Alexander Gaulands: „Seid einig, einig, einig!“

Das war und ist die Grundlage unserer Erfolge für die dringend nötige Veränderung in unserem Land.

[www.afd.de/grundgesetz/](http://www.afd.de/grundgesetz/)

Andreas Kalbitz

<https://www.facebook.com/notes/andreas-kalbitz/stellungnahme-zu-den-vom-bundesamt-f%C3%BCr-verfassungsschutz-erhobenen-vorw%C3%BCrfen/2630664537211133/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2020**

### **Wegen Fehlern der Bundesregierung stehen 10.000 Agrarbetriebe vor dem Aus**

Bundesvorstandsmitglied Stephan Protschka, agrarpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, appelliert an die Bundesregierung, die von ihr geplante Verschärfung der Düngemittelverordnung für landwirtschaftliche Betriebe nicht vorzunehmen. Er gibt zu bedenken, dass bei einer 1:1-Umsetzung der von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen bis zu 10.000 landwirtschaftliche Betriebe das Handtuch werfen könnten, weil sie die neuen, hohen Auflagen nicht stemmen können.

Hauptkritikpunkt von Protschka ist die **viel zu grobe Erfassung der Nitratbelastungen** im Boden, bei der in der Vergangenheit vor allem an Orten gemessen wurde, an denen von vornherein mit sehr hohen Nitratwerten zu rechnen gewesen sei. Zwischenzeitlich habe die Bundesregierung ihr Messwertenetz zwar erhöht, liege aber im EU-Vergleich weit hinter Ländern wie Österreich, in denen an wesentlich mehr Stellen gemessen werde. Somit entstehe ein verzerrtes Bild, auf dessen Grundlage es schlichtweg unseriös sei, die deutschen Landwirte mit einem neuen Auflagenpaket zu überfordern, was letztendlich für viele Höfe nur noch als einzige Lösung die Aufgabe des Betriebs bedeuten würde.

Im Videobeitrag [07:52] beschreibt Protschka, warum die Bundesregierung den deutschen Landwirtschaftsbetrieben und den Verbrauchern mit der neuen Düngemittelverordnung einen Bärendienst erweist.

<https://www.afd.de/stephan-prottschka-wegen-fehlern-der-bundesregierung-stehen-10-000-agrarbetriebe-vor-dem-aus/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.3.2020

### Nur der demokratische Nationalstaat ist eine verlässliche Größe

Die europäische Zusammenarbeit eine gute Ergänzung zum Nationalstaat, kann diesen jedoch nie ersetzen.

Der Ehrenvorsitzende Dr. Alexander Gauland erklärt zu den staatlichen Maßnahmen in der Corona-Krise:

„Zahlreiche Maßnahmen werden erst jetzt in Zeiten der akuten Krise ergriffen, von denen man noch vor kurzem behauptet hat, sie seien nicht machbar. Grenzen können auf einmal doch kontrolliert und geschützt werden. Der Ausverkauf deutscher Spitzentechnologie kann jetzt doch verhindert werden, wie das Beispiel CureVac beweist. Und niemand fordert mehr, man müsse jetzt erstmal europäische Lösungen abwarten. Die jetzige Krise zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, dass einzig und allein der starke, handlungsfähige, demokratische Nationalstaat eine verlässliche Größe sein kann.

Und wieder haben dies die anderen europäischen Staaten wesentlich schneller begriffen als Deutschland und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. In vielen Ländern Europas ist das Bewusstsein dafür, dass europäische Zusammenarbeit im Idealfall eine gute Ergänzung zum Nationalstaat ist, diesen jedoch nie ersetzen kann, fest verwurzelt. Besonders die Deutschen müssen diese Erkenntnis erst jetzt schmerzhaft wiedererlangen.

Ich hoffe, dass man hierzulande die Lehre zieht, dass Politik im nationalen Interesse nicht chauvinistisch, sondern notwendig ist. Und dies zu fordern, ist nicht radikal, sondern vernünftig.“  
<https://www.afd.de/alexander-gauland-nur-der-demokratische-nationalstaat-ist-eine-verlaessliche-groesse/>

### 5-Punkte-Plan zur Corona-Krise

Angesichts des sich immer schneller ausbreitenden Coronavirus benötigen die von der Krise besonders betroffenen gesellschaftlichen Gruppen schnelle und wirksame wirtschaftliche Nothilfe. AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla und die stellvertretende AfD-Bundessprecherin Alice Weidel legen hierzu ein 5-Punkte-Sofortprogramm vor:



1.: Schutzschirm für alle von der Corona-Krise betroffenen Familien:

Eltern und Familien brauchen in der aktuellen Viruskrise die besondere Hilfe des Staates. Deshalb muss für sie ähnlich der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall (Entgeltfortzahlungsgesetz) eine angemessene Lohnfortzahlung für alle berufstätigen Eltern, die nun ihre Kinder zu Hause betreuen müssen, für die Gesamtdauer des behördlich angeordneten Ausnahmezustandes garantiert

werden. Die von den Arbeitgebern gewährte Lohnfortzahlung soll durch großzügige staatliche Sicherungszusagen verlässlich abgesichert werden.

Gesetzliche Grundlage hierfür bieten u.a. die Entschädigungsregelung gemäß § 56 Infektionsschutzgesetz, die finanzielle Entschädigung für Arbeitnehmer bei Verdienstausschlag gewährt. Gerade in der aktuellen Corona-Krise ist die Lohnfortzahlung bei Verdienstausschlag für betroffene Eltern ein zentrales Element zum Schutz der Familie. Das heißt: Eltern, die Ihr Kind zu Hause betreuen müssen, weil Schule oder Kita vorübergehend schließen, dürfen keine Einkommenseinbußen erleiden und müssen durch eine verlässliche Lohnfortzahlung das Familieneinkommen gesichert wissen. Aus diesem Grund sind bereits bestehenden Gesetze durch die Behörden unverzüglich weitreichend auszulegen.

Kommunen müssen die Kindergartenbeiträge so lange aussetzen, bis der reguläre Kindergartenbetrieb wieder aufgenommen wird.

## 2.: Existenzsicherung für Selbstständige, Freiberufler, kleine Mittelständler und Handwerker:

Von den umfassenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens infolge der Coronakrise sind gerade Selbstständige, Freiberufler und kleine Mittelständler existenziell betroffen. Die notwendigen Krisenmaßnahmen zerstören ihre Geschäftsgrundlage. Während große Unternehmen und Konzerne aufgrund ihrer Kapitalbasis längere Krisenphasen überbrücken können, führen sie Selbstständige, Freiberufler und kleine Mittelständler in die Insolvenz. Das gilt es zu verhindern, da ihre Dienstleistungen auch nach der Krise wieder dringend gebraucht werden. Aus diesem Grund benötigen Selbstständige, Freiberufler und kleine Mittelständler ab sofort eine nicht rückzahlbare staatliche Nothilfe, die sich am bisherigen Geschäftsergebnis orientiert. Zugleich muss diese Gruppe im laufenden Jahr grundsätzlich von allen Einkommens- und Unternehmenssteuern befreit werden.

Ebenso gilt es, neue krisenbezogene Geschäftsmodelle, etwa neu entstehende Lieferdienste oder Startups in der Pflege- und Familien-Arbeit sowie speziell Reinigungsdienste (Desinfektionsdienste) durch kluge steuerliche und arbeitsmarktpolitische Anreize zu fördern. Die Krise ist trotz des zunehmenden Krankheitsleids zugleich eine unternehmerische Chance. Daneben sind alternative Produktionsmodelle zum Erhalt der wirtschaftlichen Infrastruktur zu fördern. Die Engpässe von medizinischer Ausrüstung und Desinfektionsmitteln lassen sich durch einen innovativen Mittelstand, wie wir ihn in Deutschland haben, mit verhältnismäßig wenig Aufwand beseitigen. Vermeintlich fachfremde Industriezweige können motiviert werden, medizintechnisches Gerät herzustellen:

Die Automobilindustrie wäre in der Lage, Beatmungsgeräte zu produzieren.

Branntwein- oder Parfümhersteller können Desinfektionsmittel herstellen.

Und die Textilbranche ist in der Lage, Schutzausrüstung zu liefern.

Dazu muss die Bundesregierung einen festen Abnahmepreis garantieren. Deutschland wird damit unabhängig von überkauften Importen und hat eine gesicherte Versorgungslage. Bereits jetzt verlangt die Situation eine Aufarbeitung mit der zentralen Zielstellung der Rückbesinnung auf nationale wirtschaftliche Stärken. Insbesondere der Ausbau der Wirkstoffproduktion für Medikamente ist dabei vorrangig zu forcieren.

## 3.: Rettungsschirm für die Tourismusbranche:

Die Tourismusbranche mit ihren drei Millionen Beschäftigten und weiteren 1,25 Millionen indirekt

von ihr abhängigen Arbeitsplätzen leidet jetzt schon unter enormen Verlusten und Buchungsrückgängen von bis zu 80 Prozent. Ohne Hilfe droht einem Großteil der Unternehmen in diesem Jahr die Insolvenz. Das dürfen wir nicht zulassen, weil der Tourismus in guten Zeiten eine wichtige Stütze unserer Volkswirtschaft ist.

Darum müssen wir einen Rettungsschirm spannen, dessen Kernelement ein umfassender, finanziell großzügig ausgestatteter Notfallfonds ist, der die betroffenen Unternehmen auffängt. Zu den umgehend einzuleitenden Maßnahmen zählt eine sofortige Stundung der Sozialversicherungsbeiträge. Kleine und mittlere Unternehmen müssen im laufenden Jahr komplett von der Steuer befreit werden, größere Unternehmen benötigen eine sofortige zinslose Stundung ihrer Steuervorauszahlungen. Diese Maßnahmen sind für Gastronomie und Hotellerie eine schnelle Liquiditätshilfe während der Coronaepidemie.

Weiterführend müssen neue Konzepte des Tourismus in Krisenzeiten, insbesondere staatlich finanzierte Erholungsangebote für verdientes Klinikpersonal, Polizeikräfte, Mitarbeiter der systemrelevanten Infrastruktur erarbeitet werden. Schließlich ist mit einer länger anhaltenden Krisensituation über das gesamte Jahr hinweg zu rechnen.

Arbeitskräfte, die krisenbedingt freigesetzt werden, sollen auf freiwilliger Basis mit Hilfe etwa der Bundesagentur für Arbeit schnell und unbürokratisch in Wirtschaftszweige mit Bedarfslage umgeleitet werden.

Darüber hinaus soll den Mitarbeitern der systemrelevanten Strukturen, die im Schichtbetrieb arbeiten, kostenlose Hotelübernachtungen angeboten werden. Dieses Angebot soll sowohl die Gesundheit der betroffenen Familien, dem Erhalt der einzelnen Arbeitskraft als auch der wirtschaftlichen Situation der Hotellerie und Gastronomie dienen. Der Staat übernimmt die tatsächlichen Übernachtungskosten der anspruchsberechtigten Beschäftigten.

#### 4.: Schnelles Internet ohne Preisaufschlag für alle Bürger:

In Zeiten, in denen viele Menschen ihre Wohnung und ihr Haus nicht mehr verlassen können, sind sie noch stärker als bisher auf die digitale Kommunikation angewiesen. Das gilt vor allem für die vielen Arbeitnehmer, die nun aufgrund der Viruskrise ins Homeoffice wechseln mussten. Wenn sie dort gute Arbeit leisten sollen, benötigen sie schnelles Internet. Mit ihrer Heimarbeit stützen sie in dieser schweren Zeit den Wirtschaftsstandort Deutschland. Aus diesem Grund müssen alle Internetanbieter ab sofort allen Haushalten schnelles Internet ohne Preiserhöhungen zur Verfügung stellen. Das ist in weiten Teilen des Landes möglich. Denn aktuell wird der Datentransfer je nach Vertrag eingeschränkt oder beschleunigt. Auch der Bundestag und die Bundesregierung müssen endlich nach estnischem Vorbild für einen digitalen Betrieb zugerüstet werden.

#### 5.: Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und der Landwirtschaft:

Bei weiter steigenden Infektionszahlen wird auch die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gefährdet.

Hier muss die Bundesregierung mit großzügigen Entgeltangeboten Arbeitnehmer, die ihren eigentlichen Beruf derzeit nicht ausüben können, anwerben und in der Lebensmittelindustrie einsetzen. Notfalls müssen auch technische Hilfskräfte oder gar die Bundeswehr in die Lebensmittelversorgung einbezogen werden.

Arbeitskräfte, die krisenbedingt freigesetzt werden, sollen mit Hilfe einer zentralen Schaltstelle (Bundesagentur für Arbeit) auf freiwilliger Basis schnell und unbürokratisch in die Landwirtschaft

umgeleitet werden.

Mit großzügigen Entgeltangeboten muss die Bundesregierung zudem Hilfskräfte für die Landwirtschaft anwerben, um die Nahrungsmittelproduktion im Inland sicherzustellen. Hierzu sollten die Landwirte jene 20 Prozent der Anbauflächen wieder reaktivieren, die bislang nicht zur Nahrungsmittelproduktion genutzt werden.

Ebenso müssen zeitnah regionale Kreislaufwirtschaften und landwirtschaftliche Innovationssysteme mit dem Fokus auf Eigenversorgung und Subsistenz durch großangelegte staatliche Förderprogramme aufgebaut werden, da deren Produktionsergebnisse/Erträge erst mit zeitlicher Verzögerung sichtbar werden. Ziel ist es, die Abhängigkeit von globalen Lieferketten in der Lebensmittelversorgung perspektivisch zu mindern.

Die Krise muss grundsätzlich als Chance begriffen werden, regionale Wirtschaftskreisläufe zu revitalisieren und durch Maßnahmen in der Tradition kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu stärken.

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1758788034429462/2233574570284137/?type=3&theater>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2020**

### **Krisenbewältigung geht vor – halten wir alle zusammen!**

Trotz der fortwährenden Verlautbarungen vieler Politiker, die AfD müsse ausgegrenzt und außervorgelassen werden, funktioniert die Zusammenarbeit mit sämtlichen anderen Fraktionen im Bund krisenangemessen und professionell.

Der stellvertretende Bundessprecher und Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, macht deutlich, dass die Kooperation der anderen Parteien und Fraktionen mit Politikern der AfD, die ja eigentlich gerne als „ausgegrenzte Undemokraten“ behandelt werden, trotz allem konstruktiv und kreativ im Bundestag und offenbar auch vielen Länder- und Kommunalparlamenten funktioniert und Zusammenarbeit unbürokratisch und krisenbewältigend möglich ist.

„Zum Wohl des Landes stellen wir von der AfD in dieser bislang einzigartigen Krise politischen Streit zurück – und geht es um die Bürger und unser Land. Alle sollten an einem Strang ziehen: Zusagen müssen eingehalten, die AfD an allen wichtigen Entscheidungen auf Bundesebene, etwa den Krisenrunden mit Bundeskanzlerin Merkel und Bundestagspräsident Schäuble, beteiligt werden. Und das geschieht auch richtigerweise so.“

Die Aussage des CDU-Politikers Schuster, der meinte, die AfD sei außen vor, ist schlicht gelogen – oder aber es hat sich bis in die hinteren Bänke im Bundestag einfach noch nicht herumgesprochen, wie gut die Zusammenarbeit funktioniert.

Wir setzen darauf, dass auch in Zukunft zum Wohle der Bevölkerung vernünftige Entscheidungen statt Ausgrenzungspolitik im Vordergrund steht! Die AfD ist dazu umfassend bereit!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-krisenbewaeltigung-geht-vor-halten-wir-alle-zusammen/>



### **Geht doch – Grenzschießungen funktionieren: Rund 21.000 Zurückweisungen in zwei Tagen**

Deutschland hat sich entschlossen, die humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen bis auf weiteres auszusetzen. Faktisch seien die sogenannten humanitären Aufnahmen bereits am vergangenen Freitag zum Erliegen gekommen. Des Weiteren seien rund 21.000 Personen in zwei Tagen an den deutschen Außengrenzen zurückgewiesen worden.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, macht deutlich, dass die Mär von den Grenzen, die nicht geschlossen werden könnten, damit ein für alle Mal widerlegt sei: „Seit knapp fünf Jahren heißt es, die Grenzen ließen sich nicht schützen, ein effektiver Grenzschutz sei unmöglich. Wie wir sehen, war dies schlicht gelogen. Die Grenzen können geschützt werden, wenn man es nur will.“

Als AfD werden wir darauf hinwirken, dass dieser Zustand auch in Zukunft beibehalten wird und unsere Grenzen vor illegalen Einwanderern geschützt werden!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-geht-doch-grenzschiessungen-funktionieren-rund-21-000-zurueckweisungen-in-zwei-tagen/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.3.2020**

### **AfD-Chef Meuthen schlägt Auflösung des "Flügels" vor**

[https://www.focus.de/politik/deutschland/vom-verfassungsschutz-beobachtet-afd-chef-meuthen-schlaegt-aufloesung-des-fluegels-vor\\_id\\_11794257.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/vom-verfassungsschutz-beobachtet-afd-chef-meuthen-schlaegt-aufloesung-des-fluegels-vor_id_11794257.html)

Leider lag uns bei Redaktionsschluss weder von der einen noch der anderen Seite ein Statement vor, diese reichen wir selbstverständlich nächste Woche nach!

### **Rundfunkbeitrag aussetzen und auf teure Produktionen verzichten!**

Die Zeiten der Corona-Krise belasten viele Bürger Deutschlands; auch finanzielle Sorgen sind enorm. Daher ist es notwendig, dass der Staat Maßnahmen trifft, die eine Entlastung der Bürger herbeiführen. Neben Steuersenkungen und anderen Erleichterungen ist dabei insbesondere an eine Aussetzung des Rundfunkbeitrages zu denken.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, macht deutlich, dass ein Aussetzen des Rundfunkbeitrages ein wichtiges Zeichen für die Menschen wäre. Da der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV) auch eine Reduzierung des Beitrages auf ein Drittel für behinderte Menschen vorsähe, die wegen ihres Leidens an öffentlichen Veranstaltungen ständig nicht teilnehmen können, sei es nur folgerichtig, dass ein Beitrag insgesamt nicht mehr erhoben werden könne, wenn keine öffentlichen Veranstaltungen mehr stattfinden würden, wie es derzeit der Fall ist.

„Auch wenn der Beitrag von 17,50 Euro monatlich die finanziellen Leiden der Menschen nicht entscheidend lindern können wird, so wäre es doch ein wichtiges Zeichen, auf den Einzug der Gebühr zu verzichten und so zu verdeutlichen, dass auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu Einschnitten bereit ist, die bereits jetzt weite Teile der Bevölkerung treffen und zukünftig treffen werden. Einsparpotential ist in erheblichem Umfang vorhanden. So sollte sich der Rundfunk

während der Krise auf sein Kerngeschäft, also Nachrichten, Bildung und Kultur beschränken und teure Produktionen im Bereich von einfachster Unterhaltung oder schlichten Serien oder Krimis aussetzen“, so Brandner abschließend.

<https://www.afd.de/stephan-brandner-rundfunkbeitrag-aussetzen-auf-teure-produktionen-verzichten/>

### **Der Parteiausschluss Gedeons ist richtig und wichtig**

Bundessprecher Jörg Meuthen erklärt zum heutigen Parteiausschluss von Wolfgang Gedeon:

„Das Bundesschiedsgericht der Alternative für Deutschland hat heute Vormittag Wolfgang Gedeon wegen parteischädigenden Verhaltens aus der AfD ausgeschlossen. Gedeons Parteiausschluss ist ein so überfälliges wie richtiges und wichtiges Zeichen.

Das lautet: Es gibt keinen Platz für Antisemiten in der AfD! Gedeon hat der AfD mit seinen israelfeindlichen und antisemitischen Positionen über Jahre schweren Schaden zugefügt.

Ich freue mich, dass dies nun ein Ende hat und das Bundesschiedsgericht nach eingehender Prüfung dem Antrag auf Parteiausschluss des Bundesvorstandes entsprochen hat.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-der-parteiausschluss-gedeons-ist-richtig-und-wichtig/>





## Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

### PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2020

#### **Grenzkontrollen widerlegen Aussagen der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise**

Zur Entscheidung der Bundesregierung, angesichts der Corona-Krise wieder Grenzkontrollen einzuführen, teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Die Entscheidung der Bundesregierung, angesichts der Corona-Pandemie wieder Grenzkontrollen einzuführen, ist absolut richtig. Sie hätte aber bereits viel früher erfolgen müssen und die Kontrollen dürfen nicht wie jetzt beschlossen auf Österreich, die Schweiz, Frankreich, Luxemburg und Dänemark beschränkt bleiben, sondern müssen auf alle Nachbarstaaten ausgeweitet werden.

Die Bundesregierung bestätigt mit ihrer überfälligen Entscheidung, was wir seit der Flüchtlingskrise 2015 immer gesagt haben: Natürlich ist es möglich, die deutschen Grenzen zu kontrollieren, um die illegale Einwanderung von Ausländern zu verhindern. Das haben auch Experten wie der Präsident der Bundespolizei, Dieter Roman, immer wieder bestätigt. Bislang hat aber der politische Wille dazu gefehlt.



Nun ist das Thema Grenzkontrollen endlich ein für alle Mal geklärt: Keine Bundesregierung wird je wieder eine unverantwortliche Politik der offenen Grenzen damit begründen können, dass eine Kontrolle unmöglich sei. Denn das ist nachweislich falsch. Die Grenzkontrollen müssen daher auch nach dem Ende der Corona-Pandemie beibehalten werden, solange es keine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen gibt.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-grenzkontrollen-widerlegen-aussagen-der-bundesregierung-in-der-fluechtlingskrise/>

#### **Sofortiges Rettungsprogramm für die Tourismusbranche starten**

Zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Tourismusbranche teilt der tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sebastian Münzenmaier, mit.

„Jetzt ist Handeln angesagt. Die Tourismusbranche mit ihren drei Millionen Beschäftigten leidet jetzt schon unter enormen Verlusten und Buchungsrückgängen von bis zu 80 Prozent, ein Ende ist nicht in Sicht.

Wir müssen jetzt schnell und unbürokratisch handeln um die betroffenen Betriebe zu retten – ich erhoffe mir von der Regierung ein Sofortprogramm mit folgenden Maßnahmen:

– sofortige Stundung der Sozialversicherungsbeiträge

– sofortige zinslose Stundung von Steuervorauszahlungen

Steuerstundungen im Bereich der Einkommen- und Umsatzsteuervorauszahlungen für Gastronomie und Hotellerie solange die Buchungszahlen infolge der Corona Epidemie einbrechen, sind eine schnelle Liquiditätshilfe für betroffene Unternehmen.

– großzügigere Gestaltung von Verlustrückträgen im Einkommens- und Körperschaftssteuerrecht

Damit würden die Steuerzahlungen für Unternehmen, die durch die Corona-Krise Verluste erleiden, schnell gesenkt.

– Schwellenwerte beim Investitionsabzugsbetrag für Tourismusunternehmen vorübergehend anheben

Investitionsabzugsbetrag ermöglicht seit 2008 Unternehmen, Abschreibungen zeitlich vorzuverlegen, wodurch sich die Steuerlast des laufenden Jahres reduziert. Die Maßnahme wirkt ähnlich wie eine Steuerstundung. Der Betrag ist auf 200.000 Euro im Jahr und auf Unternehmen mit einem Betriebsvermögen von bis zu 235.000 Euro beschränkt. Diese Schwellenwerte könnte vorübergehend angehoben werden. (Vorschlag durch IW Institut der Deutschen Wirtschaft)

– Schnelle Angleichung der Besteuerung von Kapital- und Personengesellschaften

Kapitalgesellschaften wie GmbH oder AG zahlen Körperschaftsteuer in Höhe von 15 Prozent, dazu kommen Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Es handelt sich um einen linearen Tarif. Personengesellschaften wie die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) oder die Kommanditgesellschaft (KG) unterliegen der Einkommensteuer. Der Tarif ist progressiv. SPD und Union sind sich im Grundsatz einig, die Besteuerung für beide Gesellschaftsformen anzugleichen. Ein konkreter Zeitplan scheint jedoch noch nicht zu bestehen.

Ich schlage deshalb vor, die Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften kurzfristig anzugleichen, um so die Personengesellschaften besserzustellen. Dies ist vor allem in der Tourismusbranche sinnvoll, da viele Unternehmen dort als Personengesellschaft organisiert sind (z.B. Reisebüros).

– Befristete Reduktion der Mehrwertsteuer

Durch eine befristete Reduktion der Mehrwertsteuer nach Abflachen der Krise, könnte der Konsum in Deutschland gestützt werden. Dadurch würden größere Anschaffungen vorgezogen. Dies kann

im Tourismusbereich beispielsweise für notwendige Modernisierungsinvestitionen der touristischen Leistungsanbieter zutreffen.

-Erhöhung der Luftverkehrssteuer verschieben

Die geplante Erhöhung der Luftverkehrssteuer würde nun einer Branche, die mit Existenzängsten kämpft, eine weitere Belastung aufbürden. Die geplante Erhöhung sollte und könnte unbürokratisch und schnell auf den 01.01.2021 verschoben werden.

– Insolvenzantragspflicht vorübergehend verlängern

In der momentanen Situation ist es sinnvoll die Insolvenzantragspflicht vorübergehend zu verlängern. Möglich wäre eine Verlängerung der Frist auf acht Wochen, befristet bis 31.12.2020.“

<https://www.afdbundestag.de/muenzenmaier-sofortiges-rettungsprogramm-fuer-die-tourismusbranche-starten/>

### **Bundesregierung ignoriert beim Solidaritätszuschlag verfassungsrechtliche Einwände**

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter hat in einer Großen Anfrage (BT-Drucksache 19/13171) die Bundesregierung auf die ungleichmäßige Bemessungsgrundlage beim derzeitigen Solidaritätszuschlag und bei dessen teilweiser Erhaltung über das Jahr 2020 hinaus hingewiesen und nach der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der Begünstigung gewerblicher Einkünfte und ausländischer Einkünfte im Vergleich zu (etwa) inländischen freiberuflichen oder nichtselbständigen Einkünften gefragt.

Zu den Antworten der Bundesregierung auf die sieben ausführlich begründeten Fragen teilt Keuter mit:

„Die Antwort der Bundesregierung zu meiner Großen Anfrage zur Verfassungswidrigkeit des sogenannten Dauer-Solis ist eine große Enttäuschung.

Wenn die Bundesregierung sich mit der Beantwortung der AfD-Anfrage zu einem aktuellen steuerlichen Thema sechs Monate Zeit lässt, darf man doch eine wirkliche Auseinandersetzung mit den angeführten Aussagen des Bundesrechnungshofs (Bemerkungen 2008, BT-Drucksache 16/11000 vom 8.12.2008, Seiten 139 bis 140) und des 7. Senats des Niedersächsischen Finanzgerichts (vom 21.8.2013 Aktenzeichen 7 K 143/08; beim BVerfG anhängig unter dem Aktenzeichen 2 BvL 6/14) erwarten.

Die Bundesregierung verweist in ihrer Antwort überwiegend auf die ‚Begründung im Gesetzentwurf zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995, BT-Drucksache 19/14103vom 16.10.2019‘ und darauf, dass man die ‚verfassungsrechtlichen Bedenken‘ nicht teile. Die These der Bundesregierung, gewerbliche und ausländische Einkünfte seien zu Recht nicht mit dem Solidaritätszuschlag zu belasten, ist falsch. Schließlich gilt im deutschen Steuerrecht das Welteinkommensprinzip aller in Deutschland lebenden Steuerpflichtigen und der Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 3 GG, an den auch die Bundesregierung nach Artikel 1 Absatz 3 GG gebunden ist.

Die Bundesregierung verweigert erneut eine wirkliche inhaltliche Debatte mit der AfD-Bundestagsfraktion zu einem wichtigen steuerlichen Thema und dies zu Lasten aller Bürgerinnen und Bürger, die den Dauer-Soli zu zahlen haben“.

<https://www.afdbundestag.de/keuter-bundesregierung-ignoriert-beim-solidaritaetszuschlag-verfassungsrechtliche-einwaende/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2020

### **Corona-Krise – Für Asylbewerber sind die deutschen Grenzen noch völlig offen, da die GroKo eine EU-Sonderregel zum Schutz der öffentlichen Ordnung nicht anwendet!**

Der Vertrag zur Arbeitsweise der EU enthält eine Klausel, demzufolge EU-Mitgliedsstaaten bei Gefahren für die öffentliche Ordnung Asylgesuche strenger handhaben können, wie der Konstanzer Europarechtler Daniel Thym in der WELT erklärte. Das Bundesinnenministerium hat bisher nicht verlauten lassen, diese Klausel anwenden zu wollen.



Dazu erklärt Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Das öffentliche Leben kommt in weiten Teilen zum Erliegen, die Wirtschaft geht in die Knie, aber Asylbewerber dürfen weiter ohne Beschränkung einreisen. Bei Asylbewerbern spielt das Coronavirus plötzlich keine Rolle mehr. Unsere Sicherheit und unsere öffentliche Ordnung sind in Gefahr, und Merkel und Seehofer weigern sich weiterhin, die Grenzen für Asylbewerber zumindest für die Zeit der Corona-Krise zu schließen. Zum Schutz der Menschen in Deutschland ist es dringend notwendig, dass die Bundesregierung von der EU-Sonderregelung Gebrauch macht, die es erlaubt,

Asylbewerber zurückzuweisen. Der Nationalstaat kann seine Bürger schützen, wenn er will und entschlossen handelt. Er muss nur wollen. Und der Wille, die Bürger zu schützen, fehlt bei Merkel.“

<https://www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-corona-krise-fuer-asylbewerber-sind-die-deutschen-grenzen-noch-voellig-offen-da-die-groko-eine-eu-sonderregel-zum-schutz-der-oeffentlichen-ordnung-nicht-anwendet/>

### **Asylbewerber kommen mit Grimms Märchen ins gelobte Land / Kleine Anfrage enthüllt ungeheuerliche Zustände bei Identitätsfeststellung durch das BAMF**

Nur etwa die Hälfte aller Asylbewerber konnte im Jahr 2018 bei der Antragstellung ein Identitätsdokument vorlegen.

In erster Linie asylunberechtigte Bewerber aus Nigeria, Somalia, Eritrea, Guinea, Pakistan und Afghanistan kommen zu über 80 Prozent ohne Ausweis ins Land und dürfen trotzdem bleiben. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 19/17430) des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert zur Identitätsfeststellung durch das BAMF hervor.

Martin Sichert erklärt zu diesen „ungeheuerlichen Zuständen“:

„Asylbewerber können bei der Erstregistrierung ganz nach Belieben Namen, Alter, Geburtsort oder Familienstand angeben, denn diese Angaben werden ohne weitere Verifizierungsmaßnahmen niedergeschrieben und festgehalten. Kurz gesagt: Die illegalen Einwanderer können den deutschen Behörden einfach Grimms Märchen erzählen und dürfen im gelobten Merkel-Deutschland bleiben.

Nur Fingerabdrücke werden als einzige handfeste Nachweisgrundlage beim BAMF registriert. Für die Beantragung von Grundsicherung müssen jedoch keine Fingerabdrücke zur Identitätsfeststellung gegeben werden, d.h. es erfolgt kein Abgleich, ob es sich tatsächlich um die leistungsberechtigte Person handelt.

Das ganze Verfahren ist eine riesige Farce. Es findet eine Ungleichbehandlung von Deutschen und Asylbewerbern statt. Für deutsche Staatsangehörige gibt es ab dem 16. Lebensjahr eine Ausweispflicht (§ 1 PAuswG). Wer keinen Ausweis besitzt, handelt ordnungswidrig. Bei jedem Antrag muss die Identität zweifelsfrei nachgewiesen werden, ansonsten können Leistungen abgelehnt werden. Für Asylbewerber gilt das offensichtlich nicht.

Durch die Einführung eines Fragebogenverfahrens mussten zwischen 2014 und 2017 rund eine Viertelmillion Asylbewerber noch nicht einmal persönlich vorstellig werden, um Asylrecht in Deutschland zu bekommen – einfach Fluchtgrund erfinden, Fragebogen ausfüllen, fertig!“

<https://www.afdbundestag.de/sichert-asylbewerber-kommen-mit-grimms-maerchen-ins-gelobte-land-kleine-anfrage-enthueelt-ungeheuerliche-zustaende-bei-identitaetsfeststellung-durch-das-bamf/>

### **Keine Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Hintertür!**

Der niedersächsische Innenminister Pistorius hat im Zusammenhang mit der Corona-Krise gefordert, die Verbreitung von sogenannten „Fake-News“ in den sozialen Medien strafrechtlich zu verfolgen und dementsprechende Gesetzesänderungen angeregt. Die Pandemie auf diese Weise zu parteipolitischen Manövern zu missbrauchen und die Meinungsfreiheit weiter einzuschränken, lehnt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, Sebastian Münzenmaier, ab.

Münzenmaier erklärt:

„Ruhe und die Befolgung der notwendigen Anordnungen sind jetzt oberste Bürgerpflicht und Panikmache eine echte Gefahr. Wie aber Strafverfolgung von sogenannten ‚Fake-News‘ in dieser Lage helfen soll, bleibt das Geheimnis von Herrn Pistorius. Die Sorgen und Ängste der Bürger sollten ernst genommen und, wenn möglich, zerstreut werden. Das gelingt nur über Aufklärungskampagnen und schonungslose Informationspolitik der Regierung, nicht über Strafandrohungen.

Unsere Bürger müssen in diesen Tagen schon genug Einschränkungen ihrer verfassungsmäßigen Grundrechte ertragen, da erscheint die Beschneidung der Meinungsäußerung in sozialen Medien völlig daneben.

Wenn ich mir die Informationspolitik der Bundesregierung der letzten Wochen betrachte, wären Gesundheitsminister Spahn und Kanzlerin Merkel die ersten Angeklagten nach einer

Gesetzesänderung. Die wochenlangen Beschwichtigungen, dass einschneidende Maßnahmen unnötig seien und Deutschland hervorragend auf Corona vorbereitet sei, waren doch offensichtliche Fake-News.“

<https://www.afdbundestag.de/muenzenmaier-keine-einschraenkung-der-meinungsfreiheit-durch-die-hintertuer/>

### **Entlarvender Missbrauch der Corona-Krise durch radikale „Klimaschützer“**

Die Grünen-Politikerin und „Klimaschutz“-Aktivistin Luisa Neubauer hat in Interviews mit „heute“ und der „Rheinischen Post“ den Umgang mit der Covid-19-Virus-Krise zur Blaupause für den sogenannten Klimaschutz erklärt.

Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel: „Die Corona-Krise rückt die Maßstäbe zurecht und stellt die ‚Klimaschutz‘-Aktivisten vor ein massives Rechtfertigungsproblem. Die Bedrohung durch das Covid-19-Virus ist real: Es sterben Menschen, ganze Bevölkerungsgruppen sind an Leben und Gesundheit schwer gefährdet. Dagegen findet die sogenannte ‚Klimakrise‘ vor allem im virtuellen Raum statt: Sie beruht vorwiegend auf unbewiesenen Prognosen und Berechnungen, die irgendwann in ferner Zukunft greifen sollen, oder auf willkürlichen Behauptungen, alle möglichen Ereignisse und Phänomene seien auf den Klimawandel zurückzuführen.“

Dass die ehrgeizige Grünen-Politikerin Luisa Neubauer versucht, die einschneidenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus für ihre ‚Klimaschutz‘-Agenda zu instrumentalisieren, ist entlarvend. Die Corona-Krise hat schmerzlich vor Augen geführt, was in der Politik wirklich zählt: Der Schutz von Leben, Gesundheit und Sicherheit der Bürger. Und die Krise hat gezeigt, auf welche Berufsgruppen und Tätigkeiten es tatsächlich ankommt, um das Gemeinwesen am Laufen zu halten. ‚Klimaschutz‘-Aktivisten gehören offenkundig nicht dazu.“

<https://www.afdbundestag.de/alice-weidel-entlarvender-missbrauch-der-corona-krise-durch-radikale-klimaschuetzer/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.3.2020**

### **Über vier Millionen Arbeitsplätze in Touristik-Branche durch Corona-Virus gefährdet**

Bei der Regierungsbefragung in der vergangenen Woche stellte der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Uwe Witt, Gesundheitsminister Jens Spahn die Frage, was die Regierung plane, um die Arbeitsplätze in der Touristik-Branche während der Corona-Krise zu retten. In Deutschland steht jeder achte Arbeitsplatz direkt oder indirekt mit dem Tourismus in Verbindung. In Zahlen sind das 2,92 Millionen direkt und 1,25 Millionen indirekt Beschäftigte.

Dazu teilt Uwe Witt mit:

„In Deutschland gibt es touristische Hochburgen, in denen jeder dritte Arbeitsplatz der Touristik-Branche zugerechnet werden kann. Wenn man die Nebenbranchen, die indirekt auf den Tourismus angewiesen sind, dazu zählt, kann man davon ausgehen, dass jeder zweite Arbeitsplatz von den Urlaubsgästen abhängt.“



Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld, die Arbeitsminister Hubertus Heil zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft angekündigt hat, helfen allerdings nur großen Konzernen und den größeren Mittelständlern. Die kleinen Unternehmen und vor allem die Familienbetriebe im Tourismus gehen leer aus.

Herr Spahn ist sich der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie offensichtlich zwar bewusst, konkrete Hilfe außer Darlehen als Liquiditätshilfe über die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) kann er aber keine anbieten. Aber gerade familiäre Kleinunternehmer sind nicht in der Lage, sich mit Überbrückungsdarlehen zu verschulden. Die knapp kalkulierten Margen lassen oftmals noch nicht einmal Spiel für nötige Investitionen zu, geschweige denn die Rückzahlung staatlicher Finanzhilfen.

Herr Spahn, hier stehen ganze Regionen vor dem existenziellen Aus! Handeln Sie jetzt, bevor nach der Coronawelle eine Pleitewelle über Deutschland rollt.

Die AfD-Fraktion wird weiterhin für die Interessen der Unternehmer und der Arbeitnehmer in ganz Deutschland kämpfen.“

<https://www.afdbundestag.de/witt-ueber-vier-millionen-arbeitsplaetze-in-touristik-branche-durch-corona-virus-gefaehrdet/>

### **Kulturnation Deutschland erhalten – Orchester und Ensembles unterstützen**

Die verheerenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kultursektor bedrohen die Kulturnation Deutschland nachhaltig.

Dazu teilt der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Marc Jongen, mit:

„Viele Künstlerinnen und Künstler stehen im Angesicht der Corona-Pandemie vor dem finanziellen Ruin. Ich fordere die Regierungsparteien auf, schnelle und unbürokratische Hilfen umgehend zur Verfügung zu stellen. Alle Verwertungsgesellschaften, insbesondere die GVL, müssen ihre seit Jahren mit fadenscheinigen Argumenten einbehaltenen Rückstellungen jetzt sofort an die betroffenen Musiker ausschütten.

Deutschland ist eine Kulturnation. Kultur ist kein Luxusgut, sondern eine über Jahrhunderte gewachsene, tragende Säule der deutschen Gesellschaft, die auch international hohes Ansehen genießt.

Die Erhaltung und Pflege dieses Kulturerbes muss zu den Pflichtaufgaben des Staates in Bund und Ländern gehören. Die deutschen Orchester und Theater, Chöre, Ensembles und Museen sind in ihrer Vielfalt, Qualität und landesweiten Verbreitung einzigartig in der Welt. Ihr Verlust wäre unwiederbringlich. Daher muss sichergestellt werden, dass unsere tragenden Kulturinstitutionen und die dort Beschäftigten die bevorstehende Phase der Schließungen und Ausgangssperren möglichst unbeschadet überstehen.“

<https://www.afdbundestag.de/jongen-kulturnation-deutschland-erhalten-orchester-und-ensembles-unterstuetzen/>

### **Abiturprüfungen bundeseinheitlich verschieben**

Der bildungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Götz Frömming setzt sich angesichts der Schulschließungen wegen der Corona-Krise für eine generelle bundeseinheitliche Verschiebung der Abiturprüfungen und der Anmeldetermine und Bewerbungsfristen an den Hochschulen ein:

„Die Schüler der Abiturjahrgänge sind von den Schulschließungen im Zuge der Corona-Krise besonders hart betroffen. Längst nicht an allen Schulen gibt es überhaupt brauchbare Plattformen für die digitale Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern. Sehr viele Abiturienten sind dagegen gerade in der entscheidenden Phase der Prüfungsvorbereitung auf sich gestellt und mit ihren Fragen und Informationsbedürfnissen alleingelassen.

Zudem ist noch gar nicht klar, ob die weitere Entwicklung der Corona-Krise eine Durchführung der Abiturprüfungen zu den vorgesehenen Terminen überhaupt zulässt. Die mit dieser Situation verbundene Unsicherheit ist für Schüler und Eltern eine große Belastung. Chancengerechtigkeit ist unter diesen Bedingungen kaum gegeben.

Es wäre daher nur folgerichtig, in diesem Jahr sowohl die Termine für die Abiturprüfungen als auch die Anmeldetermine und Bewerbungsfristen der Hochschulen für das kommende Wintersemester generell um mindestens einen Monat nach hinten zu verschieben. Einige Bundesländer haben bereits Verschiebungen angekündigt, andere sind noch unentschlossen, wieder andere sprechen von ‚flexiblen Lösungen‘. Die Kultusministerkonferenz ist in ihren Beratungen daher aufgerufen, rasch eine transparente und bundeseinheitliche Regelung zu erarbeiten, damit die Abiturienten in diesem für ihren weiteren Lebensweg entscheidenden Abschnitt ihrer Bildungslaufbahn endlich Klarheit haben und keine Benachteiligung erfahren.“

<https://www.afdbundestag.de/froemming-abiturpruefungen-bundeseinheitlich-verschieben/>

### **Lohnfortzahlung für alle Eltern in der Corona-Krise sofort garantieren**

Medienberichten zufolge will die Bundesregierung in Kürze Bestimmungen zur Lohnfortzahlung für Eltern, die während der Corona-Krise ihre Kinder zu Hause betreuen, beschließen. Dazu sagt der Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl, Mitglied des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion:

„In der sich aktuell weiter zuspitzenden Corona-Krise muss der Staat Familien finanzielle Sicherheit bieten und den von der Viruskrise betroffenen Eltern schnelle und wirksame wirtschaftliche Nothilfe gewähren. Leider viel zu spät greift die Bundesregierung nun eine sinnvolle Maßnahme auf, die die AfD-Fraktion schon seit Wochen mit Nachdruck fordert. So gilt es schnellstmöglich und rechtssicher allen berufstätigen Eltern, die aufgrund der behördlich angeordneten Schließung von Schule und Kita ihre Kinder vorübergehend zu Hause betreuen müssen, eine Lohnfortzahlung für die Gesamtdauer der Krise zu garantieren.

Die gesetzliche Grundlage hierfür ist u.a. die Entschädigungsregelung gemäß § 56 Infektionsschutzgesetz, welche finanzielle Entschädigung für Arbeitnehmer bei Verdienstaussfall gewährleistet. Mit ihrem zögerlichen und abwartenden Handeln gefährdet die Bundesregierung die wirtschaftliche Existenz von Familien im ganzen Land. Für uns gilt indes, dass die von der Corona-Krise betroffenen Eltern unter keinen Umständen Einkommenseinbußen erleiden dürfen.“

<https://www.afdbundestag.de/pohl-lohnfortzahlung-fuer-alle-eltern-in-der-corona-krise-sofort-garantieren/>



### **Schärfere Gesundheitskontrollen auf Flughäfen dringend erforderlich**

Der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Dirk Spaniel hat angesichts der Risiken, die sich aus den aufrecht erhaltenen Flugverbindungen aus Krisengebieten ergeben, schärfere Gesundheitskontrollen an Flughäfen angemahnt:

„Wenn es Bundesverkehrsminister Scheuer bisher nicht gelungen ist, die direkten Linienflugverbindungen aus vom Covid-19-Virus-Gebieten, insbesondere Iran und China, zur Eistellung zu bringen, sind schärfere Gesundheitskontrollen auf unseren Flughäfen unabdingbar.“

An Reisenden aus Risikogebieten sollten bei Einreise nach Deutschland unbedingt ein Temperatur-Screening und bei entsprechender Indikation Covid-19-Schnelltests durchführen werden. Neben Pass und Visum sollten ausländische Einreisende den Nachweis einer Krankenversicherung obligatorisch beibringen müssen. Anderenfalls muss die transportierende Fluggesellschaft für eine Rückbeförderung sorgen.

Trotz der Absage der Sitzung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags in der kommenden Woche werden wir uns von Bundesminister Scheuer über den Stand der Maßnahmen aktuell informieren lassen.“

<https://www.afdbundestag.de/spaniel-schaerfere-gesundheitskontrollen-auf-flughaefen-dringend-erforderlich/>

### **Das Finanzministerium verschleiern opportunistisch die Lage: Bundeshaushalt wäre auch ohne Corona in Schieflage**

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat am Mittwoch (18.03.) die Eckpunkte für den Bundeshaushalt 2021 vorgestellt. Dieser Haushaltsentwurf weist bei einem Volumen von 370,3 Milliarden Euro offiziell nach wie vor eine „Schwarze Null“ aus.

Der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Peter Boehringer, nimmt dazu wie folgt Stellung:

„Sogar das Finanzministerium selbst sagt, dass das Zahlenwerk keine Tragfähigkeit besitzt. Wir werden 2021 selbstverständlich keinen ausgeglichenen Haushalt sehen, sondern leider hohe Neuverschuldung. Schon der bereits beschlossene Haushalt 2020 wird meines Erachtens um einen Nachtragshaushalt ergänzt werden müssen – auch wenn das Bundesfinanzministerium dies noch nicht angekündigt hat. In dieser Situation verbietet sich eigentlich die Veröffentlichung von ‚Eckwerten 2021‘. Dieser Entwurf für 2021 ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Nicht nur, aber auch Corona-bedingt wird dieser ‚ausgeglichen‘ Haushalt mit gut zwei Prozent Einnahmensteigerung auf 370 Milliarden Euro so nicht zu halten sein.“

Der Bundesfinanzminister wollte mit der Veröffentlichung offenbar unbedingt noch ein letztes Mal Stabilität signalisieren, wohl damit er ab sofort dann in kompletter Umkehrung der Stabilitäts-Rhetorik sagen kann, ‚nur Corona ist schuld, dass wir nun Schulden machen müssen‘ – was dann opportunistische Realitätsverzerrung und Geschichtsklitterung sein wird. Auch ohne Corona wären die Steuereinnahmen rückläufig gewesen. Die Corona-Krise wird vom Finanzminister nun allerdings genutzt, die strukturelle Schieflage seiner Finanzpolitik zu verschleiern.“

<https://www.afdbundestag.de/boehringer-das-finanzministerium-verschleiern-opportunistisch-die-lage-bundeshaushalt-waere-auch-ohne-corona-in-schieflage/>

### EZB-Rettungsgelder nicht für Euro und EU-Banken, sondern für unsere Bürger und Unternehmen!

Heute Nacht hat die Europäische Zentralbank (EZB) kurzfristig ein weiteres Anleihekaufprogramm



aufgelegt. Unter dem Titel „Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)“ sollen bis Jahresende Anleihen in Höhe von 750 Milliarden Euro erworben werden. Über Twitter teilte EZB-Präsidentin Christine Lagarde mit, dass der Einsatz der EZB für den Euro grenzenlos sei („There are no limits to our commitment to the Euro“).

Zu diesen neuen Ankündigungen der EZB erklärt Peter Boehringer, Haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion:

„Es ist richtig, dass außergewöhnliche Zeiten wie nun die Corona-Krise auch einmal außergewöhnliches Handeln

erfordern. Anzumerken ist jedoch: Die EZB weitet ausgerechnet jene Anleihekaufprogramme auf, die bereits in der Vergangenheit hochumstritten waren und zu denen es bis heute kein grünes Licht des Bundesverfassungsgerichts gibt. Die erneute Monetisierung von Anleihen ist weiterhin mandatswidrig, aber in Zeiten der Corona-Pandemie zumindest nachvollziehbar. Nun rächt sich jedoch, dass die EZB schon seit mehr als fünf Jahren ihr Mandat missbraucht - so dass der nun anzuwendende Instrumentenkasten schon seit 2015 missbräuchlich geplündert wurde.

Tragischerweise hat die EZB bereits in den vergangenen Jahren ohne existenzielle Krise ihr Pulver weitestgehend verschossen, so dass das Kaufprogramm absehbar nur für eine kurze Zeit die Kapitalmärkte beruhigen wird. Das heutige neue 'Whatever it takes!' wird durch Wiederholung seine Wirkung verlieren; der Euro wird sich weiter abschwächen, weil ihm die Menschen und die Kapitalmärkte zunehmend misstrauen.

Die nun ausnahmsweise und temporär anzuwendenden Notmaßnahmen wären viel wirksamer, wenn der EZB noch Zinssenkungsspielräume zur Verfügung stünden und wenn die EZB nicht schon lange vor der Corona-Krise für über drei Billionen Euro Anleihekäufe getätigt hätte! Die jetzigen Maßnahmen können darum nach der Krise nun schnell inflationstreibend werden - diesmal auch bei Konsumgüterpreisen. Insbesondere einkommensschwache Menschen werden dann unter diesen Maßnahmen leiden.

Es darf zudem nicht übersehen werden, dass auch die akuten Bankenschieflagen von der EZB selbst durch deren Nullzinspolitik mitverursacht und lange vor Corona Realität waren.

Wir fordern darum:

1. Diese Maßnahmen der klaren Wirtschaftspolitik der EZB sind (da eigentlich mandatsfern) strikt zeitlich zu begrenzen auf den Zeitraum bis zum Überwinden der Corona-Krise.

2. Sie dürfen sich nicht auf Anleihekäufe beschränken, denn nur Banken und Großunternehmen sind überhaupt Anleihe-Emissions-fähig.

3. Es müssen (etwa über unbürokratische staatliche Bürgschaften) Wege gegangen werden, vor allem Selbstständige und klein- und mittelständische Betriebe mit diesem EZB-Geld zu retten - anstatt nur wieder einmal Banken und Großunternehmen.
4. Die frischen Milliarden müssen über den regulären Kreditvergabeprozess der Geschäftsbanken der Wirtschaft und den Menschen zugeteilt werden - mithin keine aus sehr gutem Grund mandatswidrigen direkten Anleihe-Käufe durch die EZB.
5. Es ist unbillig, nun versteckt im Windschatten der Corona-Krise weitere mandatswidrige Rettungen von Banken sowie von schon lange vor Corona insolventen Staaten durchzuführen. Das Geld muss, da weitgehend auch mit deutscher Bonität besichert, v.a. notleidenden deutschen Menschen und Unternehmen und eben nicht der Euro-Rettung und den EU-Banken zugutekommen.

Es macht große Sorgen, dass Medienberichten zufolge neben der EZB auch der Bundesfinanzminister in erster Linie 'EUropa unterstützen' will - und erst in zweiter Linie Deutsche retten.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/620037375246444/?type=3&theater>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.3.2020**

### **Keine Internet-Experimente auf Kosten der Steuerzahler**

In einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung (Drucksache 19/17560) wollte die AfD-Bundestagsfraktion erfahren, wie hoch die Ausgaben für die Aktivitäten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in den sozialen Netzwerken sind. Zu den Antworten der Bundesregierung äußert sich der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„Als ich erfahren habe, wie viele Steuergelder die Bundesregierung für das Betreiben des Instagram Accounts des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aus dem Fenster schleudert, hat es mir fast die Sprache verschlagen.

Für die Konzeption und Einrichtung des Accounts fielen einmalige Kosten in Höhe von sage und schreibe 55.115,55 Euro an. Dazu muss man wissen, dass es kinderleicht und kostenlos ist, einen Instagram-Account zu erstellen und zu betreiben. Weiter fielen im vergangenen Jahr laufende Kosten in Höhe von knapp 100.000 Euro an und acht Vollzeit-Mitarbeiter pflegen die Accounts. Diese Ausgaben erscheinen vor allem deshalb unverständlich, weil die Beiträge auf dem Account nicht besonders hochwertig sind. Es handelt sich überwiegend um lizenzfreie Stockfotos, die mit sinnfreien Sprüchen verziert werden. Gehört sowas wirklich zu den Aufgaben eines Bundesministeriums?

Ich fordere die Bundesregierung auf, ihre Internet-Experimente auf Kosten der Steuerzahler zu beenden. Weder ist das verbreiten witziger Bildchen die Aufgabe des Bundesministeriums, noch rechtfertigt dies die hohen Kosten. Stattdessen sollten endlich die Herausforderungen in der heimischen Landwirtschaft angepackt und zielführende Lösungen angeboten werden. Damit hätte

das Ministerium genug zu tun.“

<https://www.afdbundestag.de/protschka-keine-internet-experimente-auf-kosten-der-steuerzahler/>

### **Spahn ignorierte sämtliche Warnungen!**

Das Versagen der Bundesregierung, und hier insbesondere das des Gesundheitsministers Jens Spahn, wird immer offensichtlicher. Schon Anfang Februar warnten Mediziner und Hersteller vor einer Knappheit medizinischer Schutzausrüstung. Aufgrund der erhöhten Nachfrage aus China und der sich bereits abzeichnenden Pandemie sei die Versorgung in Deutschland in Gefahr.



Heute wissen wir, dass diese Warnungen absolut berechtigt waren. Es fehlt am Allernötigsten, getan hat sich dennoch nichts: Im Gegenteil verfolgte Spahn seinen fatalen Kurs der Beschwichtigung weiter. Er reagierte nicht, stattdessen versendete die Bundesregierung Tonnen des noch vorhandenen Vorrates nach China. Produkte, die unseren Mediziner, den Pflegekräften und damit den Patienten jetzt fehlen.

Spahn und Merkel müssen sich nun endlich bewegen, statt der Krise weiter hinterherzulaufen. Mittelstand und Industrie müssen herangezogen werden, um die fehlende medizinische Versorgung auszugleichen. Es muss überprüft werden, welche eigentlich branchenfremden Betriebe dazu in der Lage wären, medizinische Produkte herzustellen. Vom Desinfektionsmittel bis um OP-Kittel fehlt praktisch alles - insbesondere der innovative Mittelstand unseres Landes könnte hier seinen Teil dazu beitragen, die Misere zu beheben. Man müsste ihn nur beauftragen und eine Abnahme solcher Produkte garantieren. Stattdessen läuft man der Entwicklung hinterher!

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-krise-hersteller-von-schutzkleidung-greift-jens-spahn-an-a-dba397bb-d86b-4779-af8c-1912aebce7ac>

### **Nach Reichsbürger-Verbot jetzt auch Linksextremisten-Plattform Indymedia verbieten**

Bundesinnenminister Seehofer hat erstmals eine Gruppierung der „Reichsbürger“ bundesweit verboten. Die Ideologie der Reichsbürger lehnt die staatliche Ordnung der Bundesrepublik ab und ist eine Mischung aus Esoterischem, Rassismus und Antisemitismus.

Dazu erklärt Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Ich begrüße die Verbotsentscheidung Seehofers gegen diese Reichsbürger-Gruppierung und fordere den Bundesinnenminister auf, konsequent zu bleiben und auch die zu Gewalt und Anarchie aufrufende linksextremistische Internetplattform Indymedia zu verbieten.“

Die linksextremen Aufrufe zur Gewalt und Anarchie in Zeiten der Corona-Krise zeigen, das Indymedia-Verbot ist längst überfällig. In der Corona-Krise demonstrieren Linksextremisten ihre geballte Menschenverachtung. Eine Gruppe, die sich ‚Revolutionäre Antikörper‘ nennt,

veröffentlichte in der Nacht zu Montag einen Gewaltaufruf unter der Überschrift ‚Covid 19 und Militanz‘: ‚Stellt euch auf Ausgangssperren ein. Unterlauft sie. ... Die propagierte Selbstisolierung trennt uns voneinander. Durchbrecht den Versuch, uns zu vereinzeln ... organisiert Flashmobs. Aufstände. Plünderung‘.

Dieses jüngste Beispiel verdeutlicht einmal mehr: Indymedia muss verboten werden – und zwar sofort, bevor die Linkskriminellen in der Corona-Krise zu einer noch größeren Gefahr für die Gesundheit der Menschen und die öffentliche Ordnung werden.“

<https://www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-nach-reichsbuerger-verbot-jetzt-auch-linksextremisten-plattform-indymedia-verbieten/>

### **Stornoregelung bedroht in der Corona-Krise die Existenz der Reiseveranstalter**

Wenn der Reiseveranstalter oder der Kunde von einer Pauschalreise aufgrund unvermeidbarer, außergewöhnlicher Umstände zurücktritt, muss der Reiseveranstalter den Reisepreis innerhalb von 14 Tagen an den Kunden zurückzahlen (Paragraph 651h Absatz 5 BGB). Italien, die Niederlande und Belgien wollen den Reiseveranstaltern vor dem Hintergrund der Corona Krise das Recht einräumen, an Kunden anstelle einer Rückzahlung Gutscheine für eine spätere Reise auszugeben.

Dazu erklärt der tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzende des Tourismusausschusses, Sebastian Münzenmaier:

„Die 14tägige Rückzahlungspflicht des Reisepreises bei Stornierung einer Pauschalreise wegen unvermeidbarer, außergewöhnlicher Umstände, bedroht in der Corona-Krise massiv die Existenz der schon jetzt wirtschaftlich schwer getroffenen Reiseveranstalter. Rechtsexperten gehen davon aus, dass die kurzfristige Erstattungspflicht für die Hälfte aller Reiseveranstalter zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen könnte.

Nach meiner Meinung darf das Problem aber nicht dadurch gelöst werden, dass das Risiko von Epidemien und anderen Katastrophen mitten in der Corona Krise plötzlich einseitig von den Veranstaltern auf die Reisenden abgewälzt wird. Genau das ist aber zu befürchten, wenn jetzt statt Geld Rückzahlungen lediglich Gutscheine ausgegeben werden sollen. Niemand weiß, wie lange die Corona-Krise andauert oder ob ein Reiseveranstalter diese Krise letztlich übersteht. Wer den Kunden jetzt Gutscheine aufzwingen will, vernichtet bestehende Rückzahlungsansprüche und tauscht sie gegen die unsichere Hoffnung, dass sich die Lage bald bessern werde.

Eine faire Neuregelung kann allenfalls darin bestehen, dass den Reiseveranstaltern für die Rückzahlung der Kundengelder mehr Zeit eingeräumt wird. Eine derartige Stundung könnte die Liquidität der Reiseveranstalter deutlich verbessern und ihre Überlebensfähigkeit sichern, ohne den Kunden ihr Rückzahlungsrecht zu nehmen. Das halte ich für einen fairen Interessenausgleich und eine vertretbare Neuregelung.“

<https://www.afdbundestag.de/munzenmaier-stornoregelung-bedroht-in-der-corona-krise-die-existenz-der-reiseveranstalter/>



**Merkel führt in der Corona-Krise nicht, sie läuft der Entwicklung nur hinterher**

Zum Management der Corona-Krise seitens der Bundeskanzlerin sagte die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Beatrix von Storch, heute im ARD-Morgenmagazin:

„Es ist wie 2015. Die Kanzlerin ist erst untätig. Dadurch vergrößert sich die Krise enorm. Und dann appelliert sie an die Opferbereitschaft der Bürger. Und für die Zeit danach hat sie keinen Plan.“

<https://www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-merkel-fuehrt-in-der-corona-krise-nicht-sie-laeuft-der-entwicklung-nur-hinterher/>



## Videos aus Sachsen und den Parlamenten

### AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

### AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

[https://www.youtube.com/channel/UC\\_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos](https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos)

### AfD Kompakt TV

Alle Videos von Kompakt TV finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCq2rogaxLtQFrYG3X3KYNww/videos>

## Meldungen aus Deutschland und der Welt

### Deutschland

#### Ohne Tests und Quarantäne: Kritik an Flügen aus Iran

<https://www.rnd.de/politik/keine-corona-tests-flugzeuge-aus-dem-iran-fliegen-deutschland-an-37ZDFKOG6FAXZJTYHZ4OG7LVQ4.html>

#### Mit dem Virus ans Grundgesetz

[https://www.achgut.com/artikel/mit\\_dem\\_virus\\_ans\\_grundgesetz](https://www.achgut.com/artikel/mit_dem_virus_ans_grundgesetz)

#### Deutschland setzt humanitäre Flüchtlingsaufnahme aus

[https://amp.focus.de/politik/deutschland/wegen-corona-krise-deutschland-setzt-humanitaere-fluechtlingsaufnahme-aus\\_id\\_11785195.html](https://amp.focus.de/politik/deutschland/wegen-corona-krise-deutschland-setzt-humanitaere-fluechtlingsaufnahme-aus_id_11785195.html)

#### Linksextremisten rufen zum Plündern auf

<https://www.tagesspiegel.de/politik/coronavirus-krise-linksextremisten-rufen-zum-pluendern-auf/25657090.html>

#### Asylhelfer fordern Schließung von Abschiebehaftanstalten

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/asylhelfer-fordern-schliessung-von-abschiebehaftanstalten/>

#### Kretschmann: Land für Aufnahme neuer Geflüchteter gewappnet

<https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlings-stuttgart-kretschmann-land-fuer-aufnahme-neuer-gefuechteter-gewappnet-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200303-99-169844>

#### Ja, bitte alles auf Wiederholung. 2015 die Zweite! – Ein Aufruf der Diakonie Sachsen ...

„In einer beispiellosen Rückholaktion werden jetzt gut hunderttausend gestrandete deutsche



Touristen nach Hause geflogen. Das ist gut und richtig so. Die Corona-Krise darf uns aber nicht blind machen für das große Leid in den völlig überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln. Diese Menschen müssen jetzt endlich evakuiert werden. 25 000 freie Plätze stehen in Deutschland sofort zur Verfügung und auch Sachsen hat freie Spitzen!“ Diakonie-

Chef Bauer fordert daher ein Landesaufnahmeprogramm. „Das Aufenthaltsgesetz erlaubt das auch ohne eine aktive Zustimmung des Bundesinnenministeriums. Wir haben seit 2015 hier in Sachsen ein gutes Netz für die Versorgung geflüchteter Menschen aufgebaut. Und können daher in dieser humanitären Ausnahmesituation helfen. Der Brand in einem der Lager, dem zwei Kinder zum



Opfer gefallen sind und der erste Corona-Fall erfordern jetzt schnelles Handeln. Hier nichts zu tun, wäre beschämend!"

<https://www.facebook.com/diakonie.sachsen/photos/a.2396290380440925/3687478394655444/?type=3&theater>

### **So reagiert die Jugend auf Corona ...**

<https://www.saechsische.de/plus/amp/dresden-corona-fruehling-alaunpark-sei-kein-corona-arsch-5185097.html>

19.03.2020 11:37 Uhr

## **"Sei kein Corona-Arsch"**

Soziale Distanz? Im Dresdner Alaunpark sieht es nicht danach aus. Dabei hängt an einem Baum ein Text von Schlecky Silberstein, der erklärt: "Feiern ist asozial."



Von einem Mindestabstand von einem bis zwei Metern war am Mittwochnachmittag nichts zu sehen im Dresdner Alaunpark. © Kevin Müller



**Stuttgarter gehen auf ihre Balkone und singen sich gegenseitig Mut zu**

[https://www.focus.de/panorama/welt/gaensehautmomente-stuttgarter-gehen-auf-die-balkone-und-singen-sich-gegenseitig-mut-zu\\_id\\_11792413.html](https://www.focus.de/panorama/welt/gaensehautmomente-stuttgarter-gehen-auf-die-balkone-und-singen-sich-gegenseitig-mut-zu_id_11792413.html) -"Der Deutsche geht mal so richtig nützlich aus sich raus!"

## **Griechenland**

**Griechenland baut Grenzbefestigung aus Beton**

<https://indexexpurgatorius.wordpress.com/2020/03/16/griechenland-baut-grenzbefestigung-aus-beton/>

**Private Grenzschrützer an der EU-Außengrerize**

<https://deutsch.rt.com/europa/99334-rt-spezial-private-grenzschruetzer-an-eu-aussengrenze/>

## **Informationen zum Coronavirus**

**Überblick der weltweiten Ausbreitung**

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

**Unklare Wirkung bei Covid-19 - WHO rät Corona-Patienten von Ibuprofen ab**

<https://www.n-tv.de/wissen/WHO-raet-Corona-Patienten-von-Ibuprofen-ab-article21647986.html>

**Sachsen schließt ab Donnerstag nicht lebensnotwendige Geschäfte**

<https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Sachsen-schliesst-ab-Donnerstag-nicht-lebensnotwendige-Geschaefte>

**Schleswig-Holstein für Touristen gesperrt**

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Coronavirus-Viele-Geschaefte-dicht-Tourismus-gestoppt,corona882.html>

**Reisewarnung gilt bis Ende April - damit auch für die Osterferien**

[https://www.focus.de/gesundheit/news/coronavirus-ausbruch-reisewarnung-gilt-bis-ende-april-damit-auch-fuer-die-osterferien\\_id\\_11793478.html](https://www.focus.de/gesundheit/news/coronavirus-ausbruch-reisewarnung-gilt-bis-ende-april-damit-auch-fuer-die-osterferien_id_11793478.html)



## Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

## PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

## SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen  
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552  
BIC: OSDDDE81XXX  
Ostsächsische Sparkasse

\*\*\*

**VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!**

## KONTAKT:

Büro Bautzen  
Karl-Marx-Str. 15  
02625 Bautzen  
03591-5328336  
Montag – Freitag  
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda  
Friedrichsstr. 9  
02977 Hoyerswerda  
03571-2096287  
Montag – Donnerstag  
10.00-18.00 Uhr  
Freitag  
10.00-16.00 Uhr

Büro Kamenz  
Klosterstr. 4  
03578-7889108  
Montag – Freitag  
Montag 12.00-18.00 Uhr  
Dienstag 10.00-18.00 Uhr  
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr  
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr  
Freitag 8.00-13.00 Uhr

[www.afdbautzen.de](http://www.afdbautzen.de)  
[info@afdbautzen.de](mailto:info@afdbautzen.de)



AfD-Kreisverband Bautzen